

Neuer

Hormörs

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Redaktion und Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“

Preis der Einzelnummer Kč 1.40

Table with columns: Auslandspresse, Einzelnumm., vierteljährlich. Lists prices for various countries like Argentinien, Belgien, Bulgarien, etc.

Nr. 12 Sonntag, 3. Sept. 1933

Bezugspreis im Quartal Kč 18.-

Table with columns: Auslandspresse, Einzelnumm., vierteljährlich. Lists exchange rates for various currencies like Lit., B. Fr., Kr., etc.

Kommt neuer Weltkrieg?

Wir Vaterlandslosen

Der Staatsangehörigkeit verlustig erklärt.

Die Hitler-Regierung hat 33 deutsche Reichsangehörige, unter ihnen die Genossen Breitscheid, Grzesinski, Hansmann, Scheidemann, Max Sievers, Stampfer und Wels der deutschen Reichsangehörigkeit für verlustig erklärt...

Was die Sozialdemokraten betrifft, die zu vaterlandslosen Gesellen erklärt worden sind, so waren sie zum großen Teil im Gegensatz zu zahlreichen Mitgliedern der Hitler-Regierung während des Krieges Soldaten und im Schützengraben...

Für die Zukunft aber soll es nicht ohne Bedeutung bleiben, daß sich die gegenwärtigen Machthaber in solcher Weise über den bürgerlichen Begriff des heiligen Eigentums hinweggesetzt haben...

Heute kann man sich nicht ohne Schmunzeln daran erinnern, daß Herr von Hindenburg einst seine Unparteilichkeit als Reichspräsident vergaß und persönlich eingriff, als die entthronten Dynastien Deutschlands in Gefahr geraten waren...

Aber es wird ganz bestimmt nicht immer so bleiben wie es ist. Die antikapitalistische Sehnsucht der 95 Prozent aller Deutschen, von der einst Gregor Strasser sprach, wird sich auf die Dauer durch den Lärm der Feste nicht betäuben lassen...

Die entschädigungslose Enteignung ist auf die Tagesordnung der deutschen Politik gestellt. Sie wird von ihr nicht wieder verschwinden!

Hitler, die Hoffnung aller Feinde Deutschlands

Paris, Ende August.

Versucht man, aus den Zeitungen aller Richtungen, aus Gesprächen mit Politikern und Unterhaltungen mit dem Mann auf der Straße ein Bild von dem zu gewinnen, was in Frankreich heute die allgemeine Meinung ist, so ergibt sich ungefähr das folgende:

In Frankreich gibt es bestimmt keinen Menschen, der einen neuen Krieg will. Dazu ist die Erinnerung an die vergangenen furchtbaren vier Jahre noch viel zu stark. Widerwille gegen den Krieg war in der ersten Zeit nach der Machtergreifung Hitlers das entscheidendste Gefühl. Man empfand: „Hitler ist Krieg!“ und fügte sogleich erschrocken hinzu: „Nur das nicht!“

Hitlers Erklärung vom 17. Mai stieß auf allgemeines Mißtrauen. Sie stand zu allem, was sonst als offizielle Meinung der neuen Machthaber Deutschlands in Erscheinung getreten war, in so schneidendem Gegensatz, daß man sie unmöglich für echt nehmen konnte. Dennoch schuf sie eine gewisse Erleichterung. Wenn der deutsche Reichskanzler, so dachte man, heute so warm für den Frieden spricht, kann er morgen doch nicht losschlagen. So war man wenigstens die Sorge um die aller nächste Zeit los. Und ähnlich dachte man über den Viermächtepakt.

Es kam aber der Konflikt mit Oesterreich. Es kamen wilde Reden der Unterführer, Zwischenfälle an allen Grenzen, und es kamen die Nachrichten, die meldeten, daß ein ungeheures Aufrüsten im Gange sei.

So konnte man sich nicht mehr damit beruhigen, daß unmittelbar kein Krieg drohe, man begann den Krieg zu fürchten, der sich für eine nähere oder fernere Zukunft vorzubereiten schien.

„Deutschland rüstet, um uns zu überfallen!“, das war die Meinung, die

sich nun überall verbreitete. Aus ihr ergab sich die Frage, ob man warten solle, bis Deutschland instände sei, seine kriegerischen Absichten zu verwirklichen. Diese Frage beantwortet man jetzt allgemein mit Nein.

Also Präventivkrieg? Nein, den Präventivkrieg will, vielleicht von ein paar extremen Nationalisten abgesehen, niemand. Aber was man allgemein will, das ist die Präventivaktion gegen den Krieg und gegen die deutschen Rüstungen. Deutschland soll gezwungen werden, die bestehenden Verträge zu respektieren. Wie kann ein solcher Zwang wirksam ausgeübt werden?

Frankreich hat die Weltmeinung geschlossen für sich. Das gibt ihm aber noch nicht die Sicherheit, daß es nicht bei einer diplomatischen Offensive in die Isolierung geraten könnte.

Frankreich will nicht allein bleiben. Frankreich will auch nicht vorangehen. Darum bleibt alles gespannt auf England. Eine französisch-englische Entente würde mehr bedeuten als eine Verdoppelung des Drucks, denn sie würde auch die Beteiligung aller kleineren Nachbarstaaten Deutschlands zur Folge haben.

In England ist nach der Presse zu urteilen, die Stimmung gegen Hitler-Deutschland viel schärfer als in Frankreich, wo die Presse bisher von der Regierung gezügelt worden ist. Die englische Regierung hat einen ähnlichen Einfluß auf die Presse ihres Landes nicht ausgeübt. Sie hat der öffentlichen Meinung freien Lauf gelassen. Aber auf dem Parkett der Diplomatie war sie bisher womöglich noch vorsichtiger und zurückhaltender als ihre Kollegen in Paris.

Neuerdings jedoch glaubt man hier, daß die englische Regierung im Begriffe sei, ihre Passivität aufzugeben, und die diplomatische Offensive zu ergreifen. Daß in diesem Fall eine englisch-französische Einheitsfront sofort in Erscheinung treten würde, versteht sich von selbst.

Man erwartet also, daß England im Herbst bereit sein wird, gemeinsam mit anderen

Mächten von Deutschland die Einstellung des Propagandakriegs gegen Oesterreich und die Wiederabrüstung auf den vertragsmäßigen Stand zu verlangen. Das bedeutet dann Verzicht auf die rapide Militarisierung Deutschlands, die einzige reale Funktion der NSDAP. und Auflösung aller Wehrverbände der SA, der SS, sowie des Stahlhelms.

Man weiß natürlich, daß die Annahme solcher Forderungen durch freundschaftliche Ermahnungen nicht zu erreichen ist. Nur wenn die Hitlerregierung fürchten wird, das Reich könnte zu Bruch gehen und sie selbst könnte unter den Trümmern begraben werden, erst dann wird sie sich zur Annahme so schwerer Bedingungen bequemen, deren innerpolitische Folgen gar nicht abzusehen sind.

Die Hitler-Regierung wird vor die Entscheidung gestellt sein, ob sie der diplomatischen Niederlage, der sie nicht ausweichen kann, auch noch die militärische hinzufügen will. An einen Sieg Deutschlands glaubt kein Mensch. Man ist vielmehr fast davon überzeugt, daß Frankreichs Ueberlegenheit durch seinen Rüstungsvorsprung und seine Bündnisse bis auf weiteres vollkommen gesichert ist. Kommt es zum Krieg, so wird es danach ein deutsches Reich nicht mehr geben.

Das ungefähr sind die Meinungen, die man in Frankreich jetzt allenthalben aussprechen hört. Der Herbst droht mit Stürmen. Ob sie sich bald wieder in ein sanftes Säuseln verwandeln, oder ob sie sich zu einem Orkan steigern werden, der vernichtend über Europa hinweglegen wird, vermag keiner voraussagen. Man sieht hier in Hitler den Mann, der die ganze Welt gegen Deutschland geeinigt hat, und man fühlt sich stark gegen ihn. Auch die extremsten Nationalisten blicken hoffnungsvoll in die Zukunft. Ihr Ziel ist Deutschlands Untergang und ihre Hoffnung heißt Hitler.

Lessings Ermordung

Der faschistischer Terror in der CSR.

Wieder knallte in der Tschechoslowakei der Revolver eines hakenkreuzerischen Halunken, wieder wurde ein Vertreter der Menschlichkeit das Opfer vertierter, antisemitischer Mordmörder. Wieder fiel einer, dessen Name als Schriftsteller und Forscher in der Kulturwelt hohen Klang hat.

Mit Professor Lessing ist ein Mann von hoher Begabung und reinem Idealismus gemeuchelt worden. Die Universität Hannover verlies er, weil ihm die Nazimeute das Bleiben unmöglich machte. Dieser Mann war ihnen zu aufrecht, zu demokratisch-republikanisch. Die akademischen Hakenkreuzbengel demonstrierten gegen ihn mit allen bei ihnen üblichen Mitteln. Nach dem Siege der braunen Betrüger ging er ins Ausland, ohne sich politisch zu betätigen, ja er war sogar der allzu sachlichen Meinung und sprach sie öffentlich aus: es sei nicht zweckmäßig, wenn reichsdeutsche Verjagte das deutsche Hunnenregime vom Ausland her bekämpften. Jedoch der braunen Mordkanaille ließ es keine Ruhe, daß dieser reine Denker, dieser Mensch idealistischen Wollens noch

lebte. Noch ist der Mörder nicht gefaßt, aber man weiß, in welchen Kreisen er zu suchen ist.

Nach den bisherigen Meldungen können keine Zweifel darüber bestehen, daß die Hintermänner der Mörder in Deutschland sitzen. Für Ergreifung des Prof. Lessing war seit Wochen eine größere Belohnung ausgesetzt.

So wie im Saargebiet schon mehrmals Verfolger oppositioneller Flüchtlinge gefaßt werden konnten, häufen sich in der CSR die Beweise, daß Naziinstanzen der CSR ganz planmäßig mit deutschen Hitlerorganen an der Verfolgung von Emigranten arbeiten. Hier einige Fälle aus jüngster Zeit:

In wenigen Tagen findet in Pilsen der Prozeß gegen den SS-Führer Leonhardt aus Markneukirchen statt, der überführt wurde, den Kommunisten Lippert über die Grenze gelockt zu haben, um ihn, wie L. jetzt selbst zugibt, Lippert beim geringsten Widerstand zu erschließen. Seine Kumpane lagen schußbereit im Walde dicht an der Grenze.

SA-Leute aus Oberwiesenthal rückten bewaffnet gegen die Hütte der Naturfreunde in Wiesenthal vor und griffen dabei tschechoslowakische Grenzer an. Dieser Ta-

ge wurde die Wirtin des Nachbargebäudes verhaftet, weil Beweise vorliegen, daß die Frau den Oberwiesenthaler SA-Leuten Hilfe geleistet hatte.

Der SA-Führer Richter, Oberwiesenthal, fuhr eines Tages einem reichsdeutschen Juden im Auto nach Karlsbad nach, um seine Entführung durchzuführen. Richter ging mit seinen Kumpane eine Weite ein, daß er unbemerkt zurückkommen könne, weil ihn die Bevölkerung jede Hilfe biete.

Der Versuch, ein Attentat gegen Scheidemann durchzuführen, als er in Karlsbad war, ist noch in frischer Erinnerung.

In Karlsbad kann fortgesetzt beobachtet werden, wie Nazi versuchen, Quartiere der Emigranten zu erforschen. Die Nebenabsichten: siehe die Ermordung Lessings.

Einem Nazi in Joachimsthal konnte ein Brief abgenommen werden, als er die Chemnitz Kriminalpolizei darüber verständigte, wo sie Emigranten finden kann.

In Katharinaberg hatten die Hakenkreuzer alle Vorbereitungen getroffen, um einen sächsischen Partisekretär zurückzubefördern.

In Asch rühten sich die Nazi, daß im Ort deshalb kein Emigrant Zuflucht suche, weil sie ihn schnell nach Bayern melden könnten.

In der Nähe von Rumburg lockten die Hakenkreuzer ebenfalls einen Kommunisten über die Grenze.

Es häufen sich die Fälle, in denen Briefe von Verwandten der Emigranten eintreffen — in Wirklichkeit sind es Briefe der Nazis, die Flüchtlinge an die Grenze zu locken suchen. Einzelheiten zeigen, wie

sudetendeutsche Nazi dabei Posten stehen. Wollen die Nazis noch immer leugnen, daß es sich in diesen und anderen Fällen um verbrecherisches Zusammenarbeiten zwischen den Faschisten diesseits und jenseits der Grenze handelt? Mögen die Schüsse, die einen so edlen Friedensfreund wie Lessing mordeten, der Kulturwelt endlich ein Signal sein, das sie zu energischer Abwehr der braunen Mordpest aufrüttelt!

Wohltat mit Gebrüll

Im neuen Deutschland wird die Fürsorge abgebaut, die Arbeitslosenunterstützung gekürzt, die Krankenpflege eingeschränkt, der Arbeitslohn bis unter Existenzminimum gesenkt — wer nichts hat, bekommt etwas: nämlich die Erlaubnis, zu verrecken. Um recht deutlich zu dokumentieren, daß gelegentliche Almosen nicht um der Notleidenden, sondern um der Reklame willen verabreicht werden, soll die Organisation der Winterhilfe des deutschen Volkes in diesem Jahre dem Reichspropagandaministerium übertragen werden. Barmherzigkeit als neuester Reklametrick, getreu dem christlichen Grundsatz: „Laß die Rechte nicht wissen, was die Linke tut!“ Zum Aushängeschild ist selbst der Verhungerte noch gut genug.

Pleite in Leipzig

Die „Erste Messe unter nationalsozialistischer Alleinherrschaft“ hat mit einem katastrophalen Mißerfolg geendet. Das Manöver, gleichzeitig eine „braune Messe“ zu veranstalten, zu der die mitteldeutsche Industrie, das Handwerk und das Gewerbe kommandiert wurden, hat diese Katastrophe nicht aufhalten können. Der einzige Erfolg ist, daß die Zahl der Aussteller um 300 höher angegeben werden kann als im Vorjahre. Aber da die tausend Teilnehmer der „braunen Messe“ doppelt gezählt wurden, so ändert das nichts an dem Rückgang der Zahl der Aussteller.

Die Aussteller aus dem Ausland, vor allem aber die Käufer des Auslandes, fehlen fast vollständig. Die Hotels, die sonst zur Messe stets überfüllt sind, hatten alle noch freie Zimmer. In dem führenden Leipziger Hotel, Hotel Astoria, das sonst bei jeder Messe wochenlang vorher ausverkauft ist, sind am Messesonntag 70 Zimmer frei gewesen. Die Umsätze auf der Messe gingen noch stärker zurück als die Zahl der Besucher. Sie erreichten kaum 25 Prozent des Umsatzes der vorigen Herbstmesse. Viele Aussteller kamen überhaupt nicht in die Verlegenheit, ihre Ordrebücher aufzuschlagen. Jüdische Aussteller erlebten mehrfach, daß ihnen Aufträge zurückgegeben wurden, nachdem ihre Abnehmer erfahren hatten, daß sie bei Juden gekauft hatten. So wurden die Versprechungen gehalten, daß die Juden in keiner Weise behelligt, sondern völlig gleichberechtigt behandelt würden!

Selbst die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ geben das Fiasko der Messe vorsichtig zu. Sie schreiben: „Größere Geschäfte wurden eingeleitet, neue Beziehungen wurden angeknüpft“. Die charakterlose Umschmeichelung der jüdischen Käufer, die würdelose Kriecherei vor dem Auslande, haben keinen Erfolg gehabt. Der Versuch, durch die Leipziger Messe das deutsche Wirtschaftsleben anzukurbeln, die zerrissenen Beziehungen zum Ausland wieder herzustellen, ist gescheitert. Die Leipziger Messe hat ihre Anziehungskraft verloren. Sie ist tot. Das ist aber auch unter der Herrschaft der braunen Banden das Schicksal der deutschen Wirtschaft.

Marschieren, marschieren...

Im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ lesen wir folgenden Stoßseufzer:

„Wenn auch dem Buch bei der geistigen Unterbauung der neuen Staatsideen und bei der Bewußtmachung des deutschen Volkstums eine wichtige Rolle zukommt, so ist doch nicht zu vergessen, daß das Volk und namentlich die Jugend zur Zeit und voraussichtlich auch in den nächsten Jahren noch marschieren, und daß dieses Marschieren zum Teil im bewußten Gegensatz zur Zeit des Buchgelehrten steht. Man mag diese Entwicklung als nicht ungesund und sympathisch empfinden — wir Buchhändler sollen aber nicht die Augen verschließen vor der Erkenntnis: „Wer marschieren, Hest (zumindest) weniger!“ Demnach erweist sich die nationalsozialistische Bewegung, die als „Durchbruch der Nation“ als „neue Weltwende“ gepriesen wird, nicht als eine Bewegung der Köpfe, sondern als eine Bewegung der Beine.“

Die Pariser Ergebnisse

II. Internationale, Kriegsgefahr und Einheitsfront

Die Internationale Sozialisten-Konferenz in Paris sollte vor allem den Zweck haben, eine Verständigung über die großen Ereignisse der letzten Monate herbeizuführen, einen Gedankenaustausch zwischen den Sozialisten der verschiedenen Länder zu ermöglichen. Ihr Charakter war also in erster Linie informativ. Als Pressevertreter und Zuhörer waren nur Mitglieder von Parteien zugelassen, die der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossen sind. Auf jede äußere Aufmachung und demonstrative Absicht wurde von vornherein verzichtet.

Nichts destoweniger oder vielleicht eben deswegen darf man hoffen, daß von dieser Konferenz starke Wirkungen ausgehen werden. So verschieden auch die Lage der verschiedenen Parteien ist, so kehren doch die Vertreter keiner wieder heim, ohne neue Anregung und neue Ermutigung empfangen zu haben.

Die Gesamtlage wurde treffend durch den Ausspruch Pietro Nennis charakterisiert, daß man auf dieser Sozialistenkonferenz ebenso viel Emigranten sehe wie man auf mancher früheren regierende Minister erblickte. Nur in Schweden, Dänemark, Spanien und der Tschechoslowakei sind noch Sozialdemokraten an der Regierung, oder mit in der Regierung. Die stärkste aller Organisationen aber, die deutsche, war diesmal nur durch Emigranten vertreten! Die Tatsache der deutschen Katastrophe blieb in allen Debatten das alles andere überschattende Ereignis.

Mancher mochte von dieser Konferenz eine Art von Gericht über die deutsche Sozialdemokratie erwartet haben. Aber wenn auch begreiflicher und berechtigter Weise die Kritik nicht ausblieb, so wurde sie doch stets in kameradschaftlichen und brüderlichen Formen geübt. Ueber das Vergangene konnte man der verschiedensten Meinung sein. Der Entschluß, den Kampf gegen die Hitlerregierung unter den schwierigsten Umständen wieder aufzunehmen, fand allgemeine Billigung. Die vorsichtig taktierende und lavierende Politik der Vergangenheit mögen viele bedauernd verurteilen. Die kämpfende

Sozialdemokratie, die gegen den Hitlerfaschismus die Parole der sozialistischen Revolution ausgegeben hat, kann der Unterstützung durch die Sozialistische Arbeiter-Internationale sicher sein. Und so wenig diese Unterstützung Wunder zu wirken vermag, so sehr wäre es auch falsch, ihren Wert und ihre Bedeutung zu unterschätzen. Isoliert wäre die deutsche Sozialdemokratie heute so gut wie ohnmächtig. Aus ihrer Verbindung mit den sozialistischen Bruderparteien kann sie die Kraft schöpfen, die sie zum Wiederaufbau ihrer Kampfstellungen benötigt.

Neben dem Hitlerfaschismus und seinen sozialreaktionären Wirkungen in allen Ländern war die Kriegsgefahr das alles beherrschende Thema. Es gibt zwischen den nationalen Sektionen der SAI keinen Unterschied in der Stärke des Abscheus vor dem Krieg und des Willens, den Frieden zu erhalten. Aber Hitlerdeutschland hat die Friedensfreunde der ganzen Welt vor neue Probleme gestellt. Kann man den Frieden der Welt dadurch sichern, daß man vor den Kriegsvorbereitungen einzelner Regierungen die Augen verschließt? Ist die Sozialistische Internationale nicht vielmehr verpflichtet, diplomatische Anstrengungen zu fordern und zu unterstützen, die mit der Beseitigung der Vorbereitungen zum Kriege auch die Kriegsgefahr selbst beseitigen? Hier begibt man sich sichtlich auf ein Gebiet, das reich ist an taktischen Problemen. Dennoch ist es gelungen, in den beiden angenommenen Entschließungen Formulierungen zu finden, die so weit befriedigend sind, daß sie die Zustimmung einer erdrückenden Mehrheit des Kongresses finden konnten. So fand auch die Forderung allgemeine Zustimmung, „daß die demokratischen Regierungen alle den europäischen Frieden gefährdenden Fragen auf die Tagesordnung des Völkerbundes setzen, die der Sieg Hitlers in Deutschland aufwirft, insbesondere die Aufrüstung Deutschlands, das Vorgehen gegen Oesterreich und Danzig, dessen verfassungsmäßige Freiheitsrechte inter-

national garantiert sind.“ Man darf jedoch hinzufügen, daß die Hoffnung, dem Völkerbund könnte die Lösung dieser stacheligen Probleme gelingen, nicht allzu groß war.

Und wenn der Völkerbund versagt, was dann?

Die Arbeiterklasse soll den Frieden der Welt retten. Kann sie die Kriegsgefahr, die aus dem Faschismus entsteht, beseitigen? Das kann sie sicher nur dann, wenn sie einig ist! Diese Erkenntnis war allgemein, und wenn man es ablehnte, der Dritten Internationale ein neues Verhandlungsangebot zu machen, so nur deshalb, weil man nach den bisherigen Erfahrungen davon nichts anderes erwarten konnte als neue Verschärfung der Gegensätze und neue Vertiefung der Spaltung



Hitler: „Der sozialistische Karren muß auf der Strecke bleiben!“
Dagens Nyber, Kopenhagen.

Große Geschenke erhalten die Freundschaft

Hindenburg wird mit einem neuen Gut beglückt

Auf einer Kundgebung am Tannenbergdenkmal, die Reichspräsident von Hindenburg durch seine Anwesenheit verschönte, verkündete Adolf Hitler, er empfinde es bewegten Herzens als ein gnädiges Geschenk der Vorsehung, im Namen der geeinten Nation dem Generalfeldmarschall den Dank aller in tiefster Ehrerbietung aussprechen zu dürfen. Und um dies „Geschenk der Vorsehung“ auch für den greisen Landesvater lukrativ zu gestalten, wurde dem alten Herrn eine Schenkungsurkunde überreicht, der zufolge ihm das Land Preußen die Domäne Langenau und Forst Preußenwald zur dauernden Vereinigung mit dem angrenzenden Altbesitz Neudeck und zur Bildung eines Hindenburgschen Hausgutes übereignet.

Hindenburg schlug dieses Geschenk der Vorsehung nicht aus, weil er nicht begreift, in welchem Geruch die schmierigen Gaben der Hitler und Göring auch den damit Beglückten bringen. Er schlug das Geschenk der Vorsehung vor allem um seines Sohnes willen nicht aus, der dem alten Herrn sonst schon auf den Kopf gekommen wäre. Er war schon immer der Berater seines Vaters, der Oberst von Hindenburg, und einen schlechteren beraternden Mann als diesen Vater weiß die Weltgeschichte nicht zu nennen.

Hindenburg junior, der Herr Oberst, hat Schulden bis über beide Ohren, hat noch mehr Schulden, als ein ostpreussischer Junker ohnehin zu haben pflegt. Er hat das Gut Neudeck schändlich heruntergewirtschaftet, die bedeutende Schenkung aus der Osthilfe war nur ein Tropfen auf den heißen Stein, die Gläubiger begannen bereits wieder sanft zu

drängeln; Langenau und Forst Preußenwald sollen darum dem Familienbesitz derer von Hindenburg — zum vierten Male — auf die Beine helfen. „So lange männliche Erben des Hauses leben, bleibt der Landzuwachs im Besitz der Familie.“ Ein klares, rundes Geschäft.

Wie weit der gleichschaltende Einfluß des verschuldeten Obersten in der Reichswehr geht, ist nicht recht zu erkennen. Tatsache ist, daß Reichswehrminister von Blomberg der feierlichen Schenkung beiwohnte, und Eingeweihte meinen, die Gegenleistung sei dem Geschenk vorausgegangen. Nicht eingeweihte, objektive Beobachter aber sehen vor allem eines: die unehrenhafte und zweideutige Art, in der Hitler und die Seinen Politik machen, die Skrupellosigkeit, mit der sie den Namen des von ihnen mißbrauchten Präsidenten in den Dreck treten.

Das also, so wird das Volk, so werden selbst die harmlosesten Kleinbauern sich fragen, ist die versprochene Siedlungspolitik? Die Landlosen sollten Land erhalten — statt dessen schenken die neuen Herren einander den Segen zu, das Volk aber wird mit Tannenbergfeiern, Saarkundgebungen und Feuerwerken abgeseigt! Wenn freilich der Reichspräsident selber so stark an den Junkerprivilegien interessiert ist, wie darf da ein armes Bäuerlein oder ein Landarbeiter auf die Erfüllung der vor dem 5. März gegebenen Versprechen hoffen?

Hindenburg hat das Geschenk nicht abgelehnt, das Volk jedoch lehnt Schenker und Beschenkten ab und wird eines Tages dafür sorgen, daß jenes Gut Langenau, dem preussischen Staat anno 1933 gestohlen, den „männlichen Erben des Hauses Hindenburg“ keinen Segen bringt.

statt der gewünschten Einigkeit. Und doch spricht die angenommene Resolution eine große Wahrheit aus, wenn sie feststellt, daß die geschichtliche Entwicklung alle Gründe der Spaltung beseitigt hat. Denn die Kommunisten können heute ebenso wenig vor dem Wert der Demokratie für die kämpfende Arbeiterklasse die Augen verschließen, wie die Sozialdemokraten leugnen wollen und können, daß es zur Beseitigung von Diktaturen nur ein Mittel gibt: den revolutionären Kampf. Aus solchen Einsichten muß der Wille zur Einigung und die Kraft zu ihr emporwachsen.

Die Internationale Sozialistenkonferenz in Paris hat nichts verheimlicht und nichts beschönigt. Sie war von Anfang bis zu Ende von der Erkenntnis des furchtbaren Ernstes der Situation beherrscht. Aber sie hat den Massen auch gezeigt, daß nichts verloren ist, was nicht wiedergewonnen werden kann, sie hat Ziele gewiesen, für die es lohnt, zu kämpfen und zu sterben. In der Geschichte der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung wird sie den Punkt bezeichnen, von dem es wieder aufwärts geht. Kampf und abermals Kampf bis zur Anspannung der letzten Kraft, bis zum letzten Opfer bleibt die Parole!

Dummheit regiert

Untrennbar verbunden mit der Versklavung des gesamten deutschen Volkes ist die Vernichtung der geistigen Freiheit auch an den Hochschulen. Was die Hitler-Barbaren hier wollen, offenbart mit unüberbietbarem Zynismus der Hochschulgruppenführer Leipzig des nationalsozialistischen Studentenbundes, Eduard Klemt, in Nr. 2 der Zeitschrift „Die Leipziger Studentenschaft“:

Wie wir anders geworden sind, so muß auch der Hochschullehrer ein anderer werden. Wir sehen uns mit genau derselben Frechheit, wie einst als SA-Leute auf der Straße, heute im Hörsaal um und entscheiden, ob ein Professor bleiben kann oder nicht... Wir Jungen haben die Hochschule in der Hand und können daraus machen, was wir wollen... Wir haben nicht mehr um Probleme zu ringen, sondern zu entscheiden.“

Für die Umkehrung aller Begriffe im Dritten Reich ist dieses naiv-unverschämte Pronunziament des Leipziger Hochschul-Feldwebels ungemein charakteristisch.

Braun-blonder Imperialismus

Ausdehnungsdrang des Blödsinns — Schwerindustrie profitiert durch Rassenquatsch

Auch die Parolen des Imperialismus, des nationalen Ausdehnungsdranges, unterliegen dem Wechsel der Zeiten, und an den außenpolitischen Parolen erkennt man den Charakter einer politischen Umwälzung. Nach der bolschewistischen Revolution schrieb Rußland die Befreiung der Völker vom Kapitalismus auf seine außenpolitische Fahne. Der italienische Faschismus versprach eine neuromische Renaissance, verstand darunter die Wiederherstellung der ehemaligen römischen Herrschaft über Adria und Mittelmeer und begründete das nicht mit der Zukunft, sondern mit der Vergangenheit. Der braune Faschismus, dümmster als der schwarzbehemdete, geht darüber hinaus: Alles muß deutsch werden, was einmal irgendwie „germanisch“ besiedelt war. Von England abgesehen — vor den Großen macht man demütig Halt. Aber die Kleinen! Wehe ihnen, wenn — —! Und so werden in Skandinavien, in Holland, im flämischen Gebiet, in der Schweiz, in Nordböhmen nationalsozialistische Gruppen mit Hitlergeld geschmiert; sie sollen den Tag des Anschlusses an Deutschland vorbereiten! Von Oesterreich nicht zu reden.

Dieser Hitlersche Rassen-Mumpitz liefert die Parolen für den neudeutschen Imperialismus. Mögen auch die Kraut- und Schlotjunker über den braunen Rassenwahn mitunter lächeln, und das ganze lediglich als eine willkommene Abwechslung in den Methoden der nationalen Aufputschung betrachten, so ist dieser rassistische Imperialismus nichtsdestoweniger heute in Deutschland offiziell und entspricht teils dem Wirtschaftsbödsinn des Hakenkreuzes, teils — so verrückt das auch klingt — gewissen Interessen der herrschenden schwerindustriellen Gruppe und teils der politischen Degeneration und Hilflosigkeit der deutschen Bourgeoisie.

Mit der neudeutschen Ausdehnungsphraseologie verglichen, erscheint der wilhelminische Imperialismus immer noch logischer und gesünder, als immer noch gewesen. Er entsprach den Wünschen eines Kapitalismus, der noch in der Entwicklung und darum zielklar war, dem es auf die Eroberung neuer Absatzplätze und Kapitalisierungsmöglichkeiten ankam. In wilhelminischen Schlagworten vom „Platz an der Sonne“, den es zu erobern zelte, und von der Zukunft, die auf dem Wasser liege, drückte sich der Kampf um Welthandel, Kolonien und Märkte in erwachenden Gebieten aus. Die deutsche Bourgeoisie wußte damals besser, was sie wollte, und dem entsprach auch — trotz aller Fahrigkeit Wilhelm II. — die Bündnispolitik vom Dreibund bis zum Bündnis mit der Türkei. Das war die Straße nach Asien, der Weg zur Bagdadbahn und in Rohstoffgebiete, es entsprach dem Denken eines entwicklungs-fähigen Kapitalismus mit robusten imperialistischen Appetiten; das führte schließlich zum Kriege und zum deutschen Zusammenbruch.

Heute ist der Kapitalismus in Trust- und Monopolherrschaft erstarrt, ist verdrängt von der erwachenden Industrie erwachter Völker, kann seine Menschenmassen nicht mehr im Produktionsprozeß unterbringen und stand darum vor der Frage: europäisch-sozialistische Planwirtschaft für den europäischen Großwirtschaftsraum oder faschistische Diktatur. Er stürzte sich in die Arme eines Hakenkreuzdilettantismus, der wirtschaftlich und außenpolitisch mit der

dümmsten, hilflosesten Phraseologie aufwartet, die es je gegeben. Da der Weltmarkt enger geworden und die Krise international ist, gebar dieses politische Kurpfuschertum den Schrei nach „Autarkie“, nach Absperrung von der Welt. „Die deutsche Wirtschaft den deutschen Menschen!“

Hier aber berühren sich wirtschaftliche Rückwärtserei und Rassenmumpitz: Der deutsche Markt muß größer sein, wenn er „autark“ existieren soll. Und so wird denn frei nach Karlheins und Adolfs Rasselehre für „germanisch“ und deutschzugehörig erklärt, was ringsum irgend einmal germanische Vorzeit hatte.

Die Staats- und Wirtschaftseinheit der „nordischen Herrenrasse“ — zu der auch die Mischbevölkerung Böhmens und des Donauraumes gehören! Ist es Wahnsinn, so hat es doch die Methode des Wahnsinns.

Der wilhelminische Imperialismus ergab innerhalb eines Jahrzehnts eine für

Deutschland gefährliche Einkreisung der drei Verbündeten, der neudeutsche Rassenimperialismus aber zeitigte binnen wenigen Monaten nicht nur die völlige Isolierung Deutschlands, sondern sogar Krieg mit Deutsch-Oesterreich. Ein fabelhafter germanischer Einigungsrekord!

Und die deutsche Bourgeoisie? Sie schimpft im stillen Kämmerlein und schweigt im übrigen, denn so sehr ihr Vorkriegsimperialismus den Wünschen des breiten deutschen Bürgertums entgegenkam, so wenig hat es gegenwärtig mitzureden. Eine mächtigere Schicht schwang sich über dieses Bürgertum empor, schmierte den Bandenführer Hitler, brachte ihn zur Herrschaft und zwang ihn in ihren Dienst: die Schwerindustrie. In Nummer 10 unseres Blattes wurde ein Stück Enteignung des Reiches durch das Schwerkapital dargelegt: der Stahltrust hat sich der Aktien des Staates bis auf 20 Prozent entledigt. So wurde Thyssens ehemalige Oberherrschaft wie-

der hergestellt und 125 Millionen des Reiches als Sanierungskapital annektiert! Deshalb mußten die sozialistischen Arbeiterorganisationen zerschlagen und verschiedene unbequeme Gegenspieler beseitigt werden — und dazu brauchte die Schwerindustrie u. a. auch den Rassen-schwandel. Da die deutsche Presse zu kuschen hat, spricht die ausländische um so deutlicher. Dieser Tage ging durch einen Teil der Auslandspresse ein Artikel über den Thyssen-Skandal, in dem betont wurde, daß die Thyssen-Gruppe gerade Hitlers Rassenpolitik zur Ausschaltung der Konkurrenz brauchte.

Der Boykott gegen die Juden und die Verfolgung der Katholiken im 3. Reich sei nichts anderes, als eine große Enteignung des jüdischen und katholischen Kapitals durch die Oligarchie des Thyssenkreises. Juden und Katholiken wurden aus ihren Stellen in den Verwaltungsräten der großen und kleinen Gesellschaften verjagt und an ihre Stelle traten alte Reaktionäre der Schwerindustrie oder neue nationalsozialistische Kostgänger.

Kein Thyssen und kein Vögler glaubt an den Schwanz von Hitlers und Göbbels „nordischer Edelrasse“, aber bequem läßt sich damit unbehagliche Konkurrenz beseitigen. Und treibt dieser verquollene Rassen-Imperialismus zum Kriege, so drängt er vorerst zu Rüstungen. Wo aber ist der Schwerindustrielle, der am Wett-rüsten kein Interesse hätte?

Ein schwarzhaariger Mischling aus dem Süden verkündet das Evangelium von der Auserwähltheit der blonden, nordischen Herrenrasse, der Stahltrust macht damit Milliarden-geschäfte, und die Ausfuhrindustrie wird immer autarker und blutleerer — das ist der neudeutsche braun-blonde Imperialismus, dessen Rassequatsch per Rundfunk auf ein stau-nendes, verwirrtes, verzweifertes Volk losgelassen wird.

Ein Bild des Jammers und des Wahnsinns!
B. Br.

Nazi-Spitzel in Paris

Das nationalsozialistische Zentralorgan, der „Völkische Beobachter“, brachte über die Pariser Sozialistenkonferenz allerlei unsinnige Lügen und überschrieb seine Berichte stolz mit der Formel: „Von unserem nach Paris entsandten Sonderberichterstatter“. Was dieser Sonderberichterstatter in Paris erlebte, darüber berichtet jedoch der „Völkische Beobachter“ nichts.

Am vorletzten Tag der Konferenz machte sich in einem Kaffeehaus nächts dem Kongreß-lokal ein Subjekt verdächtig, das sich als österreichischer Sozialdemokrat ausgab und von Konferenzteilnehmern Berichte aus den vertraulichen Sitzungen und Photographien erbat. Dieses Subjekt wurde von einem deutschen Genossen als der bisherige Genfer Bericht-erstatte der „Völkischen Beobachters“ erkannt und mit folgenden Worten apostrophiert: „Sie Schwein, wenn ich nicht wüßte, daß Sie kriegsbeschädigt sind, so würden Sie jetzt eine Tracht Prügel beziehen, die Sie niemals in Ihrem Leben vergessen würden!“ Worauf das besagte Subjekt eiligst verschwand.

Das war der vom „Völkischen Beobachter“ eigens nach Paris zur Sozialistenkonferenz entsandte Sonderberichterstatter. Selbstverständlich hat die Konferenz keinen Augenblick durch seine Anwesenheit beschmutzen dürfen. Und was er von ihr erzählt, ist erlogen.

Amputation im Konzentrationslager

Nur Uebelwollende können das deutsche Volk glauben machen, es brauchten nur Hitlerlahnen über allen Straßen zu flattern und alles wäre gesund, was ein Menschenalter lang verglittet, verpestet und verfault war. Der Heilungsprozeß wird überaus langwierig und oft auch schmerzhaft sein müssen; noch manche Operation und vielleicht auch manche Amputation in Gestalt von Konzentrationslagern wird notwendig werden, ehe das Gli aus dem Körper des deutschen Volkes entfernt und der deutsche Mensch völlig gesund sein wird. (Gesundes Volk, Nr. 2.)

Blutige Tierschützer

Menschen dürfen gefoltert werden!

Der mehrfache Raubmörder Sternickel war als Tierfreund bekannt. Im Tauben-züchten bekam er den I. Preis. Als er seine letzten Morde begangen und seinen Dienstherrn samt Familie niedergeschlagen hatte, fütterte er das Vieh und molk die Kühe, ehe er flüchtete. Das gibt's also. Und deshalb braucht man sich gar nicht zu verwundern, wenn jetzt plötzlich die Herren des III. Reiches ihre Tierliebe entdecken. Die Strafen für Tier-quälerei sollen verschärft und die Vivisektion, die Zerlegung von Tieren zu wissenschaftlichen Zwecken, soll verboten werden. Im „Völkischen Beobachter“ begründet das ein Dr. Eckhard, SS.-Abschnittsarzt zu Hannover, mit einem längeren Artikel. Er setzt sich da für das „wehrlöse Tier“ ein und sagt, diese Tier-folter (Vivisektion) könne „in ihrer Furchtbarkeit und Grausamkeit nur verglichen werden mit der Menschenfolterung des Mittelalters...“ Diese Tierfolterung richte unendlichen Schaden an „durch Verrohung vieler Menschen...“ Und zum Schluß:

Tierschutz treiben heißt für uns letzten Endes nichts anderes, als menschliche Selbstsucht und Grausamkeit bekämpfen.

Es geht nichts über diese Heuchelei! Wenn es diesem SS.-Arzt um Bekämpfung der menschlichen Grausamkeit zu tun ist, wenn er der Verrohung der Menschheit wehren will, so hätte er ja in seinen Kreisen hinreichend Gelegenheit. Als

Naziarzt muß er wissen, welche Mißhandlungen, welche Folterungen, welche Grausamkeiten seine Pgs. an wehrlosen Menschen begangen haben. Vor allem der „Völkische Beobachter“ muß auch wissen, daß man im Ausland die Nazi-Bestialitäten mit der „Menschenfolterung des Mittelalters“ vergleicht und daß es die Nazibonzerie seit Jahren als ihre Aufgabe ansieht, zu Brutalität und Roheit aufzu-reizen. Hier ein neues Beispiel. Der Nürn-berger Nazioberrbürgermeister Liebel sagte kürzlich im Stadtrat von Nürnberg:

Zur Durchführung dieses Gesetzes (zwecks Hinauswurf nichthakenkreuzlerischer Beamten. Die Red.) gehört auch eine gute Portion von Brutalität und an dieser mangelt es nicht. Wenn einer oder der andere der von der Aktion Betroffenen sich aufhängt, oder sich eine Kugel durch den Kopf schießt, so geschieht dies, weil er zehn Jahre hindurch ein Schweinehund gewesen ist.

Dieses blutgierige Gesindel trieft von „Tierliebe“! Der Mörder Sternickel hatte eins für sich: Er sabberte nicht von Liebe zur Kreatur, vom Kampf gegen „Ver-rohung und Grausamkeit.“ Er wußte über sich recht gut Bescheid; er war ehrlich und heuchelte nicht. Und dabei konnte er für sich immer noch in Anspruch nehmen, daß er seine Opfer nicht quälte und folterte, ehe er sie tötete.

Endlich wieder lustig!

Es gibt keine Konzentrationslager...

Hitler hat am Niederwaldedenkmal eine Rede gehalten. Es sollte eine Kundgebung für das Saargebiet sein und wurde für Frankreich ein Beweis, daß man weiter rüsten müsse. In dieser Rede versucht der braune Bandenführer wieder einmal, die Greuel und Bestialitäten seiner Gardes hinwegzulügen. Dabei pumpt er sich also auf:

Ich bin jederzeit bereit, wieder an die deutsche Nation zu appellieren und mich ihrem Votum zu stellen, denn ich weiß, heute würden es mehr als fünf Sechstel sein, die bedingungslos hinter uns stehen.

Sie werden in wenigen Stunden zurück-kehren in ihre Heimat und werden die große Wahrheit mitnehmen, daß Deutschland nicht das ist, was ehrlose und gewis-senlose Gesellen der Welt vorfügen wollen, nicht ein Land der Trauer, des Schmerzes, des Unglücks, der Unterdrückung, sondern

ein Land, in dem seit 15 Jahren zum ersten Male wieder ein fröhliches Lachen ertönt.

In dem wieder ein Glaube an die deutsche Zukunft das Leben lebenswerter erscheinen läßt.

delten, ihr Abermillionen, die ihr den Mund nicht aufmachen dürft, wenn ihr nicht ein's mit dem Gummiknüppel haben wollt, hört ihr's, was der braune Sadist sagt: in Deutschland ist man endlich wieder lustig! Fröhliches Lachen, jawohl: bei der Nazibonzerie, bei den braunen Karriere-machern, die sich in Pöstchen und Aemter geschwungen haben! Ähnlich wie jener Hannoveraner-fürst darf Hitler von jetzt an heißen: „Endlich wieder lustig!“

Und die Bereitschaft dieses lustigen Osafs, sich dem „Votum der deutschen Nation“ zu stellen, zeigt sich in der wütenden Verfolgung jeder anderen Meinung, in der Angst vor den oppositionellen Druckschriften, die über die Grenzen des gepöbelten Landes dringen. Unter Wahlen würden diese braunen Betrüger nichts weiter verstehen, als das Kommando an ihre Horden: „Antreten zum Wahlsieg! Wer falsch wählt, wird erschossen!“ Denn andere Parteien, als die braune sind ja nicht gestattet, Wozu also das Gerede, wozu der Quatsch?

Friedliche Reden

Oberpräsident Freiherr von Dueninck hielt bei der Einweihung des Aachener Ehren-mals eine Rede, in welcher er das außenpoli-tische Programm des Dritten Reiches folgen-dermaßen darlegte:

„Noch ist das Werk nicht vollendet, daß im Dritten Reich ein Adler seine Schwingen im spannt von Aachen nach Wien, von der Burgundischen Pforte bis zum deutschen Meer im Fernen Osten, von den Alpen zur Küste. Aber das Werk wird vollendet.“

Hitler aber versichert der Entente: „Wir wollen den Frieden!“

Schnecken-tempo

Das nennt sich Arbeitsbeschaffung

Auf keinem Gebiete betätigt sich die nationalsozialistische Marktschreierei so lärmend wie auf dem der Arbeitsbeschaffung. Die Angaben über ihren Umfang sind in der Regel ebenso phantastisch wie die über die Mittel. Wenn von Millionenprojekten und Milliardensummen die Rede ist, handelt es sich immer nur um Pläne, nie um Taten. Das läßt sich an Hand der Zahlen leicht nachweisen.

Bereits zu Beginn des Jahres 1933 waren für öffentliche Arbeitsbeschaffung bewilligt 1282 Millionen Reichsmark. Davon entfielen 342 Millionen auf das Brüning-Papen-Programm, 280 Millionen auf die Reichsbahn, 60 Millionen auf die Reichspost und 600 Millionen auf die Steuergutscheine zur Finanzierung des Schleicher-Gereke-Programms. Von diesen 1282 Millionen, deren Bewilligung zum größten Teil schon ein volles Jahr zurückliegt, sind aber bis jetzt nur 444 Millionen wirklich zur Verfügung gestellt worden. Selbst einschließlich der Mittel aus dem Reichshaushalt und aus der Arbeitslosenversicherung beträgt

der gesamte Aufwand für die öffentliche Arbeitsbeschaffung nicht mehr als 500—600 Millionen Mark.

Aber das war zum großen Teil noch das Programm des alten Systems. Auf die Rechnung des Dritten Reiches ist nur seine langsame und mangelhafte Ausführung zu setzen.

Was ist nun aber seit dem Umschwung geschehen? Wie steht es mit der neuen Milliarde, dem Kernstück der Hitlerschen Propaganda? Selbst für ihre Verteilung existiert bisher nichts weiter als ein Plan. 200 Millionen sollen für die Instandsetzung an öffentlichen Gebäuden gegeben werden, 100 Millionen für Versorgungsanlagen, 150 Millionen für Tiefbauarbeiten, 125 Millionen für Sachleistungen an Hilfsbedürftige, 100 Millionen als Subvention für die Hausbesitzer zur Instandsetzung an privaten Wohngebäuden, 100 Millionen auf die vorstädtische Kleinsiedlung, 150 Millionen auf ländliche Siedlungen, Meliorationen und Flußregulierungen, während für die Verwendung des Restes von 75 Millionen noch nicht einmal ein Plan vorhanden ist. Selbst wenn man sich sehr beeilen würde, viele der Arbeitsbeginn für die meisten Projekte in den Herbst. Die Arbeiten müßten also während des Winters unterbrochen werden, die Arbeitslosigkeit würde wieder steigen.

Zurückgeschaltet

Bronnen wieder Jude?

Im braunen Gleichschaltwerk gibt es bisweilen einen Kurzschluß. Unlängst wurde eine Ausstellung des Münchener Karikaturisten Hulbransson geschlossen, trotzdem er, der sich im alten, noch anständigen Simplicissimus nicht „jüdisch-marxistisch“ genug gebärden konnte, nach dem 5. März winselnd zu Hakenkreuze gekrochen war. Neuerdings verbot man dem übergelaufenen Bronnen das Betreten des Berliner Funkhauses, in dem er als brauner Dramaturg gewirkt hatte.

Dieser edle Dichterling, Sohn des Wiener Juden Bronner, wandte einen besonders dreckigen Trick an, um im III. Reich zu avancieren. Er bezichtigte seine tote Mutter, mit einem Arier die Ehe gebrochen zu haben und verschrieb sich so einen germanischen Vater. Ob die Kunstgewaltigen um Göbbels ihm nicht recht geglaubt haben? Ob ihnen die Konkurrenz un bequem war? Ob sogar sie das Herumtrampeln auf der Ehre einer Toten zu gemein fanden? Ob sie sich vor der Auslandspresse genierten? Jedenfalls wurde der Bronnen trocken gelegt, ins jüdische Bett zurückgeschaltet.

Wen's gerade trifft! — Die anderen Verräter, die Max Barthel, Baierle und Konsorten sind natürlich auch nicht besser. Wenn's etwas dran zu verdienen gäbe, würden sie morgen Anarchisten, Monarchisten, Buddhisten oder Zionisten, bohrten sie übermorgen den braunen Brotgebern von heute ihre Füllfedern in den Rücken. Ganz nach Wunsch! Man muß nur mindestens acht Groschen einwerfen. Wir gratulieren dem III. Reich zu den Neuerwerbungen und sind bereit, für die freundliche Uebernahme noch was draufzuzahlen.

Von den prahlerisch aufgeblähten Milliarden ist bis heute also höchstens eine halbe Milliarde wirksam geworden. Das hat seinen Grund aber nicht in erster Linie in den Anlaufschwierigkeiten oder in den bürokratischen Hemmungen, die in dem totalen Staat der Nationalsozialisten mindestens ebenso groß sind als sie vorher waren.

Die Hauptschwierigkeiten liegen in der mangelnden Finanzierung.

Die Kasse des Reiches ist leer, ebenso geht es den Länder- und Gemeindekassen. Nur mit größter Mühe können die laufenden Ausgaben gedeckt werden. Für andere ist überhaupt kein Geld da. Erst kürzlich hat man mitgeteilt, daß die Ausgabe von Bedarfsdeckungsscheinen für Minderbemittelte, also die einfachste, beste und schnellste Form der Arbeitsbeschaffung, wegen Mangel an Mitteln verschoben werden muß.

Im Herbst aber wird noch weniger Geld da sein als bisher. Die Steuereinnahmen gehen dauernd zurück. Großzügige Arbeitsbeschaffung ist nicht möglich ohne ausreichende Finanzierung. Aber weder an eine Besteuerung der großen Vermögen noch an eine Anleihe denken die Herren des Dritten Reiches. Einer Besitzsteuer steht ihre Steuerscheu, der Aufnahme einer Anleihe das fehlende Vertrauen im Wege. So bleibt ihnen nur die Wechselreiterei übrig.

Neues Geld wird gemacht. Aber im Gegensatz zu früher wird es nicht gedruckt, sondern geschrieben.

Für die Einlösung dieser Wechsel steht aber zuletzt allein die Reichsbank mit ihrer Notenpresse zur Verfügung. Die

Reichsbank hat begründete Angst vor den Folgen dieser Bankrottwirtschaft. Die Verpflichtungen, die sie bisher bereits eingegangen ist, sind ungeheuerlich. Sie hat die Wechsel zur Arbeitsbeschaffung garantieren müssen. Außerdem aber auch die Steuergutscheine, die Ausgaben für die Osthilfe, die zahlreichen Krisenkredite, die Finanzierung der Russenwechsel und vieles mehr. Ihre Zusagen für all diese finanziellen Verpflichtungen belaufen sich auf mehr als 5 Milliarden Mark. Diese Summe ist ebenso hoch wie der gesamte Umlauf an Zahlungsmitteln.

Die Gefahr der Inflation rückt bei dieser leichtfertigen Finanzierung immer näher.

Aus Furcht davor, tut die Reichsbank alles, um die Arbeitsbeschaffung zu verlangsamen. Das hat sie erreicht. Es ist ein Kampf hinter den Kulissen, der mit großer Zähigkeit geführt wird. Er tobt zwischen den bedenkenlosen Demagogen, die mit den finanziell gefährlichsten Methoden um jeden Preis die versprochene Besserung der Wirtschaft im rein kapitalistischen Rahmen herbeiführen möchten und der Reichsbank, die die Währung jeden Tag mehr gefährdet sieht, und die daher auf der Linie des geringsten Widerstandes, also auf den Rücken der Arbeitslosen, einen fast aussichtslosen Kampf gegen die neue Inflation führt.

Denn in einem sind alle einig: sie wollen kein Opfer der Besitzenden, keine Vermögensabgabe der Reichen, keine Zwangsanleihe. Solche Eingriffe widersprechen dem Wesen des Kapitalismus, aber auch den Prinzipien des „Deutschen Sozialismus“! Deshalb wird die Arbeitsbeschaffung nur im Schnecken-tempo vorwärts schreiten. Die Inflation aber wird zuletzt doch nicht vermieden. Dr. Richard Kern.

Brandgewinnler in Not

Ein europäischer Advokat sagt:

„Göring ist der Brandstifter“

Ab 21. September geht der Oberreichsanwalt einen schweren Gang. An diesem Tage soll in Leipzig die Hauptverhandlung gegen die Reichstagsbrandstifter stattfinden. Göring wird nicht auf der Anklagebank sitzen, wenigstens nicht in Leipzig. Dafür wird er der Angeklagte jener internationalen Untersuchungskommission sein, die zu gleicher Zeit denselben Fall in London behandelt.

Eine Niederlage hat der Oberreichsanwalt schon weg. Auf seine Anfrage haben Branting und Romain-Rolland geantwortet, daß sie bereit sind, Zeugen und Beweise für die Unschuld der angeklagten Kommunisten und Bulgaren zu erbringen. Sie haben die Bedingungen genannt, unter denen sie bereit sind, ihr Material und ihre Zeugen zur Verfügung zu stellen. Der Oberreichsanwalt hat die Bedingungen leider nicht akzeptiert. In seinem Antwortbrief drückt er sich mit formalen Bedenken um die Zusage herum. Er weist die Behauptungen der Untersuchungskommission zurück, aber er wagt nicht, auf gewisse Tatsachen einzugehen, wie z. B. die, daß der kommunistische Abgeordnete Torgler gefesselt ist. Ab und zu beruft sich der Oberreichsanwalt auf seine mangelnde Zuständigkeit, wenn jedoch seine Befugnisse so begrenzt sind, hätte er diese Diskussion vor der Welt nie beginnen dürfen.

Branting und Romain-Rolland forderten vor allen Dingen für die Angeklagten die freie Wahl unabhängiger Verteidiger. Der Reichsanwalt tut so, als bestände diese freie Wahl. In Wirklichkeit gibt es in Deutschland überhaupt keine freie Verteidigung mehr. Aufrechte Rechtsanwälte werden nicht mehr geduldet, denn sie müßten gegen diese verlumpte Nazi-Justiz geradezu durch Niederlegung ihres Amtes protestieren. Den Angeklagten werden Offizial-Verteidiger gestellt. Torgler soll sich den Rechtsanwalt Dr. Sack gewählt haben. In Wirklichkeit standen den Angeklagten nur die Anwälte zur Verfügung, die ihnen Görings Justiz zugesteht. Von Rechtsanwalt Dr. Sack ist bekannt, daß er weit rechts steht und mehrfach nationalsozialistische Fememörder verteidigte. Wenn er jetzt an Dr. Branting schreibt und um das Material zum Nachweis von Torglers Unschuld bittet, so ist auch dies

nur ein Bluff, denn Dr. Sack weiß, daß die internationale Kommission ihr Material nur freien Verteidigern geben kann, sofern die Angeklagten die Möglichkeit haben, genügend Einblick in das Material zu erhalten.

Giafferris Anklage

Wenn die deutsche Nazi-Justiz noch einen Funken Gefühl für die Situation hätte, so müßte sie unabhängigen ausländischen Rechtsvertretern die Möglichkeit der Verteidigung geben. Einer der ersten Rechtsanwälte Frankreichs und Europas, Dr. de Morro-Giafferri hatte sich an das Reichsgericht gewandt und die Verteidigung der angeklagten drei Bulgaren beansprucht. Er wurde abgelehnt. Ein Beschluß ging ihm zu, in dem es heißt:

Auch abgesehen davon, daß der Antragsteller, wie aus der französischen Fassung seines Antrags zu schließen ist, der deutschen Sprache anscheinend nicht mächtig ist, ist für seine Zulassung neben dem bestellten Verteidiger kein Anlaß ersichtlich.

Mit solchen fadenscheinigen Gründen drückt sich das Reichsgericht um Selbstverständlichkeiten herum. Morro-Giafferri konnte sein Gesuch mit der deutschen Prozeßordnung begründen, die einem jeden gestattet, vor Gericht zu plädieren. Aber die deutsche Justiz hat Angst vor unbeflüßten, unabhängigen Rechtsvertretern, denn die könnten ja so unbequeme Fragen stellen, wie die, wo sich Göring in der Zeit kurz vor dem Reichstagsbrand aufhielt und wie es kam, daß er und Hitler über die Sache schon Bescheid wußten, ehe es brannte! Der große französische Advokat hat sich zu dieser Situation öffentlich geäußert und sagt u. a.:

Die Hitlerregierung hat zu große Angst vor der Wahrheit. Sie hat Angst, weil Göring die Tat begangen hat!

Ich beurteile die Angelegenheit von einem streng beruflichen Gesichtspunkt aus und spreche zu Ihnen als Anwalt, der einfach die Akten studiert hat, bei meiner Seele und meinem Gewissen erkläre ich: Göring hat es getan, Göring hat den Befehl gegeben, den Reichstag anzuzünden.

Die deutschen Zeitungen haben am Tage nach dem Brande bewiesen, daß die Verbrecher nur in das Reichstagsgebäude durch den Gang, der den Reichstag mit der Residenz seines Präsidenten verbindet, eindringen konnten, ohne die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich zu lenken. Wer bewohnte zu

der Zeit das Präsidentenpalais? Göring, Göring, der gleichzeitig Präsident des Reichstags und der preussischen Polizei war.

Meine Ueberzeugung stützt sich auf viele andere Beweise. Jeder ehrliche Anwalt, der die Akten unparteilich studiert, kann nicht anders denken als ich.

Wir kennen keine Regierung, die sich je vor der europäischen Öffentlichkeit solche Anwürfe bieten lassen mußte! Wenn die gegenwärtigen Herren Deutschlands moralisch nicht völlig verwahrlost wären, gäbe es auf die Anklage des großen Anwalts nur eine Antwort: „Bitte, mein Herr, verteidigen Sie die Eingekerkerten! Fragen Sie uns nach Belieben!“

Die Brandgewinnler werden sich hüten, denn dieses Fragespiel wäre trotz aller Befähigung zum Meineid das Ende der Hitler und Göring!

Postgeheimnis

adtet Deutschland nicht

Deutschland hat das Postgeheimnis aufgehoben. Es hat Tausende von Spitzeln, um den Briefverkehr zu überwachen. Für den Postverkehr des Auslandes, der Deutschland lediglich als Durchgangsland benutzt, ist aber das Postgeheimnis unantastbar. Trotzdem häufen sich die Nachrichten, daß internationale Postsendungen in Deutschland geöffnet wurden oder verschwunden sind. In der Regel kann das gar nicht anders geschehen als durch die gewaltsame Oeffnung von verschlossenen Briefsäcken.

In einem Brief an die Londoner „Times“ weist der zuständige Ministerialdirektor des Reichspostministeriums die Behauptung zurück, als ob Briefe oder Pakete eines fremden Landes in ein anderes, die durch Deutschland gehen, geöffnet würden. Eine Zuwiderhandlung würde streng bestraft werden. Wie wenig aber solchen Versicherungen der Behörden zu trauen ist, geht aus einer Bekanntmachung des Polizeipräsidenten von Aachen zurück, nicht nur die Beraubung internationaler Postsendungen zugibt, sondern sich ihrer sogar noch rühmt. Er teilt mit:

Das Zentralkomitee der Antifaschistischen Vereinigung Europas in Paris versucht seit einiger Zeit, kommunistische Hetzschriften, die dort in deutscher Sprache erscheinen, über Deutschland nach den nordischen Staaten zu senden. Mit derselben Regelmäßigkeit, wie die Sendungen hier eingehen, werden sie auch angehalten und vor ihrer Weiterbeförderung einer Durchsicht unterzogen. Am 23. August wurde von der Staatspolizei Aachen wieder ein Paket mit mehreren hundert Exemplaren der Zeitung „Antifaschistische Front“, das für eine kommunistische Zentrale in Kopenhagen bestimmt war, beschlagnahmt. Die Sendung wird den Empfängern in Kopenhagen zugeleitet, die sich jedoch wundern werden, wenn sie statt der erwarteten Lügenberichte über Deutschland nationalsozialistische Zeitungen vorfinden, die die Zustände in Deutschland so schildern, wie sie in Wirklichkeit sind.

Ob es sich um kommunistische oder andere Briefsendungen handelt, ist ganz gleichgültig. Wer verschlossene Postsäcke aufmacht, ist ein Verbrecher. Und ein Staat, der etwas derartiges duldet, ist ein Verbrecherstaat. Man hat bisher nichts davon gehört, daß sich die Postbehörden gegen dieses verbrecherische Treiben zur Wehr gesetzt haben. Wahrscheinlich würde eine solche Erwartung auch mehr Rückgrat voraussetzen, als sie besitzen.

Habicht und Oesterreich

Bei den polizeilichen Aktionen gegen die österreichischen Nationalsozialisten fiel den Behörden auch ein etwa 200 Seiten starkes Buch in die Hände, dessen roter Umschlag den Titel trägt: „Das Dienstbuch der NSDAP Oesterreichs. Hitlerbewegung.“ (Druck Joh. Haas, Wels, Oberösterreich.) Dieses Buch, von dem „Inspekteur“ der österreichischen Nazibewegung, Theo Habicht, bearbeitet, gewährt wertvolle Einblicke in die Technik der nationalsozialistischen Machterhebung. Dem Kapitel über die Technik der Propaganda werden folgende Worte Hitlers vorausgeschickt:

„Die Aufmerksamkeit der großen Masse ist nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür jedoch die Vergesslichkeit groß... Sowie durch die eigene schwankende Propaganda erst einmal nur der Schimmer eines Rechts auch auf der anderen Seite zugegeben wird, ist der Grund zum Zweifel an dem eigenen Rechte schon gelegt.“

Nach diesen demagogischen Grundsätzen, die ebenso von der Massenverachtung wie von der Skrupellosigkeit Hitlers Zeugnis ablegen, wird auch von den österreichischen Nationalsozialisten an der Errichtung der Nazidiktatur gearbeitet. Die „Vergesslichkeit des Volkes ist groß“ — also kann man es nach Herzenslust belügen und betrügen!

der Reichsregierung, in der Preußenregierung, aber hätten wir damals jene Möglichkeiten gehabt, die Demokratie anzutasten? Nein, das Bürgertum hatte in der Demokratie das Kampfmittel entdeckt, mit dem es das Aufstreben der Arbeiterbewegung niederhalten könnte, das Fallhorn des Segens ergoß sich über die Nationalsozialistische Partei, über die illegalen Verbände und Organisationen, die Kampfkraft der Arbeiter wurde geschwächt durch die Spaltung. Und wenn in der heutigen Zeit der Ruf nach Einigung die Herzen der Arbeiter erfüllt, so müssen wir in dieser Zeit mit Bitterkeit erleben, daß unsere illegale Arbeit in Deutschland vergiftet wird durch jene Politik der Kommunisten, die heute noch in gleicher Weise gegen die Sozialdemokratie kämpfen und hetzen, wie sie es in der Zeit vor der Herrschaft Hitlers getan haben.

well die Kommunisten offen der Auffassung sind und ihr in ihren führenden Kreisen Ausdruck geben, daß der Weg zum Bolschewismus durch den Faschismus hindurch führe.

So alt wie die Internationale in ihren Auseinandersetzungen über die Frage der Nation, ist mindestens unser Bekenntnis zur Nation, und wir haben stets unsere Liebe zum eigenen Volke als den Ausfluß unseres glühenden Bekenntnisses zur Internationale, zur Weltverbundenheit gesehen.

Tatsache ist, ganz zweifellos, daß die anti-kapitalistische Sehnsucht, von der Gregor Strasser im Reichstag sprach, einen großen Teil des deutschen Volkes erfaßt hat, und wenn Hitler jetzt kommandiert hat, die zweite Revolution findet nicht statt, dann bin ich überzeugt, daß jene zweite Revolution doch — gegen ihn — kommen wird, daß Deutschland wahrhaftig trotz allem das Land ist, das als erstes in Europa die sozialistische Revolution erleben wird, die dann Deutschlands erste wahre Republik schaffen wird. (Lebhafte Beifall!) Keine Stunde des Tages und der Nacht geht in Deutschland vorüber, ohne daß alte, grauhaarige Kämpfer und Zehntausende von todesmutigen Jungen in tätiger Arbeit bereit sind, sich zu opfern und sich im Gedanken des Sozialismus, im Gefühl der Notwendigkeit der Abrechnung und des sozialistischen Aufbaues zusammenfinden. Darum können wir hoffen, daß der Tag nicht mehr fern ist, der uns wiederum in einem freien Deutschland sehen wird. (Lebhafte Beifall!)

Niedzialkowski (Polen).

Das wirkliche Problem ist das Problem der Mittelschichten und Deklassierten. Wir haben dieses Problem nicht in seinem vollen Ernste erkannt und nicht sehen wollen, daß das Proletariat nicht der einzige Faktor auf der politischen Bühne ist, und daß die Kraft des Proletariats, sogar zahlenmäßig, infolge der Krise zurückgegangen ist.

Redner schildert die Situation in Danzig, den Terror der Hakenkreuzler. Der Völkerbundkommissar müsse genötigt werden, diesen skandalösen Methoden ein Ende zu bereiten, sonst werden in Danzig bald dieselben Zustände eintreten wie in Deutschland. Der Boykott Hitlerdeutschlands sei notwendig. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, daß es überall in der Welt deutsche Minderheiten gibt. In Polen etwa könnte ein Boykott Deutschlands in kurzer Zeit zu einem Kampf der polnischen und jüdischen Mehrheit gegen die deutsche Minderheit führen. Es ist darum unsere Pflicht, uns von anderen Boykottaktionen zu differenzieren, insbesondere von den Zionisten. Unser Kampf gilt Hitler, aber er gilt nicht dem Deutschland von morgen, dem Deutschland der Freiheit. Offen muß auch gesagt werden, daß der Viermächtepakt nicht ganz in den Rahmen dieser politisch-moralischen Boykottierung der Hitlerregierung hineinpaßt.

Pankin (Vereinigte Staaten).

In Amerika unterwirft sich das Privatkapital der Regierung, wir stehen am Ende der individualistischen Periode des Kapitalismus und wir gehen in Amerika den Weg über die sehr entscheidenden rechtlichen Schranken, die bisher durch die Existenz

und durch die Gesetze der 48 Einzelstaaten der Union gerade für die Entwicklung der amerikanischen Arbeiterbewegung gezogen waren. Wir stehen also an der Schwelle der Zentralisierung der Staatsgewalt, die bessere Möglichkeiten der Kontrolle über das Kapital, aber auch erhöhte Möglichkeiten der Einführung sozialer Reformen bedeutet. Anknüpfend an die in der sozialistischen Presse aufgetauchte Bezeichnung der Roosevelt'schen Pläne als Sozialismus ohne Sozialisten gibt Genosse Pankin eine kurze Darstellung des amerikanischen Wiederaufbaus, als dessen erstes Hauptziel Roosevelt die Ausdehnung der Arbeitsmöglichkeiten bezeichnet, als zweites die Erweiterung der Kaufkraft und Kontrolle der Preise. Wenn wir die Aussichten dieses Unternehmens untersuchen, dann ist meiner Meinung nach die Ausdehnung der Arbeitsmöglichkeiten ein aussichtsreicher Versuch. Hingegen wird die Erweiterung der Kaufkraft kaum in dem Maße gelingen oder überhaupt nicht gelingen, wie geplant.

Trotzdem ist unbestreitbar, daß die amerikanische Arbeiterbewegung aus all dem nicht unbeträchtliche Vorteile ziehen kann.

Dann noch das Problem des Krieges: Was, wenn Hitler-Deutschland Oesterreich oder Frankreich überfiel? Die Antwort liegt zum guten Teil bei den Vorschlägen, die unsere englischen Genossen empfohlen haben. Meiner Meinung nach muß jedes denkbare Mittel, Völkerbund, Internationaler Gerichtshof, Kellogg-Pakt, angewendet werden, um Deutschland zum mindesten in seine Schranken zu weisen.

Dritter Tag.

Leo Winter (Tschechoslowakei).

Durch die Vorgänge in Deutschland sei die Zuversicht der Arbeiterschaft aufs stärkste herabgemindert worden. Die Konferenz müsse daher das Proletariat mit neuem Vertrauen erfüllen. Der Faschismus müsse mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden, auch die Hilfe jener bürgerlichen Schichten, für die der Faschismus eine Gefahr bedeute, sei nicht von der Hand zu weisen. Ob es zweckmäßig sei, bewaffnete oder unbewaffnete Formationen gegen den Faschismus zu bilden, müsse noch erörtert werden.

„aber die Massen müssen jedonials von dem Bewußtsein erfüllt sein, daß sie sich nicht niederschlagen lassen dürfen, sondern auf individuellen und Massenterror wieder mit individuellem und Massenterror automatisch antworten müssen.“

Winter schließt mit der Warnung, den Einfluß des Staates nicht zu unterschätzen. Wenn wir den Machtfaktor Staat gegen den Faschismus ausnützen wollen, „so müssen wir uns auf dieses Instrument des Kampfes einen Einfluß sichern und diesen Einfluß auch ausüben, international und in internationalem Rahmen“.

Abramowitsch (Rußland).

Die Ursachen des nationalsozialistischen Sieges in Deutschland sieht der Redner in zwei Dingen: in der nicht vollendeten Revolution von 1918 und in dem unterdrückten nationalen Gefühl, in dem unterdrückten Imperialismus der deutschen Bourgeoisie, auch der bürgerlichen Intellektuellen, die sich nicht damit zufrieden geben wollten, daß das große deutsche Reich jetzt nur ein drittklassiges Land sei, das nicht mehr als Weltherrschaft präbendieren könne. Abramowitsch begrüßt jede Selbstkritik, begrüßt auch die Bemühungen der deutschen Sozialdemokraten, den Artikel Stämpfers im „Kampf“, den Artikel im „Neuen Vorwärts“, die alle versuchen, selbst den Fehler festzustellen. Aufgabe der Internationale sei es, allen Arbeitern in allen Ländern zu sagen, daß immer wieder der Wille gestählt werden muß. Die Arbeiterschaft müsse so geschult sein, daß die Bourgeoisie lernt, den Faschismus nicht für den Weg des geringsten Widerstandes zu halten, sondern für den teuersten Weg, für den schwierigsten Weg, für den gefährlichsten Weg.

»Des Dichters Sendung«

Sitzt ihr nur immer, reimt zusammen, braut ein Ragout aus anderer Schmaus und bläst die kümmerlichen Flammen aus eurem Aschenhaufen heraus! Goethe, Wer das braune Deutschland in Reim und Prosa verherrlichen will, muß allerlei menschenfreundliche Eigenschaften mitbringen: Seelenblindheit, Herzenstaubheit, Selbstbelügnisse. Er muß ein stummes Gewissen und dafür eine beredte Zunge haben, er darf das Schreien sinnlos Gefolterter nicht hören.

Nein, es ist nicht leicht, ein neudeutscher Dichter zu sein! „Duck dich und heuchle!“, heißt die Parole. Mit klaren, volksverständlichen Worten ist nichts getan — ein undurchdringlicher Schwulst muß die Stimme der Wahrheit übertönen. Viel ist in der braunen Literaturen zu hören von der „Verwurzeltheit in Blut und Boden“, von „rassischem Vollmenschentum“ und „arischer Sendung“ — nichts von Menschlichkeit, Gradheit und Gedankenfreiheit.

Im gleichgeschalteten Reclam-Verlag erschien ein Buch „Des deutschen Dichters Sendung in der Gegenwart“. 28 mehr oder minder braune Schriftsteller kommen darin zum Wort. Uns genügen ein paar kurze Proben, die eine Berliner Literaturzeitschrift veröffentlicht. Sicher

ward mit Bedacht das Beste ausgewählt, aber wie schwülstig, leer und oberflächlich mutet schon dies „Beste“ an! Welch hohles Pathos, welcher Lärm um Nichts — und welche grauenhafte Mißhandlung der deutschen Sprache! So sieht das aus: Hans Friedrich Blunck:

„Ein Volkstum wird wesentlich in seiner Dichtung. Seine Taten und seine Töten sollen sich den Nachkommenden im Glanz erheben.“

Hans Grimm:
„Und von was dürfte vor solchen Möglichkeiten zum Elend und zur Größe der Dichter anders sagen als von jenem bedeutenderen, so entsetzlich unbekanntem Teile des Einzelnen, der vom Geschehe der Nation bestimmt wird und der wiederum das Schicksal der Nation bestimmt, und das heißt eben von der mühevollen Wirklichkeit des immer wieder unterschlagenen Ganzen?“

Hanns Johst:
„Hilfe kommt letzten Endes und tiefsten Sinnes nicht aus Betteleien mit Banknoten und Hochvaluta, sondern die Hilfe kommt aus der Wiedergeburt einer Glaubensgemeinschaft. Die Geburtsstunde des Dramas war an der Kultstätte der griechischen Götter, und als das Mittelalter an Flagellanten und Schwarmgeister, an Bauern und rebellische Ritter zu zerfallen drohte, riß das Mysterienspiel die Schau der Lebenden aus den flachen Vorgängen des Genusses und Verderbes zur Einsicht in die tiefere Begründung unsres Daseins.“

Leon Blum (Frankreich).

Daraus ergibt sich: worin besteht seinem Wesen nach der wichtigste Kampf des internationalen Sozialismus gegen den Faschismus? Er besteht im Kampf gegen die Krise. Nicht, daß wir glauben, die Krise aufheben zu können, aber wir können versuchen, ihre mörderischen Wirkungen zu mildern. Der Hauptkampf gegen den Faschismus besteht also darin, die Spannung zwischen Produktionskraft und Kaufkraft zu verringern. Und da wir als Sozialisten nicht an eine Einschränkung des Produktionsapparates denken können, so sehen wir nur einen Weg, die Ausdehnung der Konsumkraft. Und diesen Weg sind die Sozialisten der ganzen Welt gegangen: gegen das Unternehmertum das die Krise lösen will, indem es die Löhne kürzt, gegen die Regierungen, die die Konsumkraft erschüttern durch ihre Deflationspolitik, führen wir jene Gegenkräfte ins Treffen, die etwa die Haltung der englischen Arbeiterpartei bestimmt haben, als sie seinerzeit aus der Regierung schied, die auch bestimmt hat die Haltung der belgischen Genossen im Kampfe gegen die bürgerlichen „Sanierungsmaßnahmen“, und ebenso auch die Haltung der französischen Partei. Durch diese Politik können wir hoffen, den Faschismus wenigstens einzudämmen und die bestehenden faschistischen Herde zu isolieren.

Der Faschismus beruht seinem Wesen nach auf Aufreizung der nationalistischen Instinkte. Er hat jene deklassierten Massen in Bewegung gesetzt, von denen ich oben sprach, ihnen die Eroberung der Macht in Aussicht gestellt und eine Form der sozialen Erneuerung verheißen. Was den Faschismus unwiderstehlich gemacht hat, ist

die Verbindung der legalen Machtmittel mit der revolutionären Gewalt seiner Stoßtruppen.

Unter diesen Umständen ist es ein verständlicher Gedanke der Politik, den auch unsere deutschen Genossen befolgt haben, dem Faschismus den Weg zur Macht versperren zu wollen, indem man diese Macht nach Möglichkeit selbst besetzt hält. Angesichts der inzwischen eingetretenen Klärung habe ich wohl nichts mehr zu sagen über jenen Gedanken, sich zurückzuziehen in den Rahmen des eigenen Landes, der aus der faschistischen Ideologie geborgt scheint und über den schon Vandervelde und Adler in ihren Einleitungsreden gesagt haben, was wir alle darüber denken. Ebenso sind wir darüber einig, daß wir nicht weniger Internationalismus, sondern mehr Internationalismus brauchen.

Aufhäuser (Deutschland).

Unsere deutschen Erfahrungen zwingen uns zur Selbstanalyse. Wenn ein Redner gemeint hat, wir sollen nicht aus übertriebener Selbstanalyse in Melancholie verfallen, so muß ich sagen, daß es gerade umgekehrt ist. Jene seelische Bedrückung wird nur weichen können, wenn wir entschlossen sind, in rücksichtsloser Erforschung der Ursachen der Rückschläge festzustellen, was geändert werden muß und welche Schlüsse auch aus den deutschen Erfahrungen zu ziehen sind. Ueber die Demokratie als Ziel, als Grundsatz besteht in Deutschland ebensowenig Meinungsverschiedenheit wie hier. Warum wir streiten, ist die Anwendung der parlamentarischen Demokratie in einem Staate mit zugespitztem Klassenkampf. Die Frage ist, die Grenzen und Möglichkeiten der parlamentarischen Demokratie für die Arbeiterbewegung anzuzeigen. Redner zieht einen Ueberblick über die deutsche Entwicklung.

Je mehr die Arbeiterklasse von den Mitteln der Demokratie Gebrauch machte, vom demokratischen Wahlrecht, von ihrem Einfluß in Staat und Wirtschaft, um so mehr rückte die Bourgeoisie von der Demokratie ab. Von dem Augenblick an, da die Bourgeoisie befürchten mußte, daß nach dem Mai 1928 die deutsche Arbeiterklasse die parlamentarische Mehrheit gewinnen könnte, von diesem Augenblick an waren alle bürgerlichen Demokraten plötzlich von der Demokratie abgerückt und haben von jenem Zeitpunkt an die Flucht ins illegale ergriffen. Jener Mai 1928, der Höhepunkt der Wahlerfolge, war in Wahr-

heit nur unsere stärkste Illusion und es ist auch für die Internationale eine Warnung, sich solchen Illusionen hinzugeben und zu glauben.

man könnte mit den berühmten 51% Parlamentsmehrheit die Macht ersetzen, die man ökonomisch nicht hat.

Und nun zum Wesen des deutschen Faschismus. Es ist schon gesagt worden, daß in Deutschland der Faschismus unter besonderen Voraussetzungen ans Ruder gekommen ist. Eine der Voraussetzungen ist, dabel bleibe auch ich, der Friede von Versailles, der geeignet war, die nationalen Instinkte in Deutschland aufzuspitzen, Vorarbeit für den Faschismus zu leisten. Das zweite war die Haltung maßgebender Kreise der Gewerkschaften in Deutschland. Da haben wir den Unterschied zwischen den Gewerkschaften in Italien und in Deutschland feststellen können. In Italien haben die Gewerkschaften in dem großen Kampf gegen den Faschismus sich der Partei zur Verfügung gestellt, in Deutschland haben wir teilweise eine eigene Gewerkschaftspolitik erlebt, die hart an die Grenze nationalsozialistischer Politik gelangt war.

Das Problem der Mittelschichten

ist kein deutsches, es ist ein internationales. Die Aktionskraft oder, ich möchte sagen, die Attraktionskraft, die wir auf diese neuen Schichten ausüben können, sollte geprüft werden, und hier ist die Frage: gewinnt man die Mittelschichten, indem man Rücksicht nimmt auf ihre Vorurteile oder gewinnt man diese Schichten, indem man sich zum Sozialismus bekennt und diese Schichten dazu heranzieht. In Deutschland hat Hitler seinen Erfolg mit seiner antikapitalistischen Propaganda erreicht, in Deutschland hat Hitler Anleihen gemacht beim Sozialismus. Er hat nachher seine Versprechungen nicht gehalten, das ändert aber nichts daran, daß ihm jene Mittelschichten gefolgt sind, weil sie an diesen falschen Sozialismus geglaubt haben. Wenn ich den Nationalsozialismus mit unserem Sozialismus vergleiche, so möchte ich sagen, sie stehen zueinander wie ein Ase zum Menschen. Wenn es aber möglich war, daß dieser Pseudosozialismus die Zustimmung jener proletarisierten Massen gefunden hat, dann brauchen wir doch nicht zu zagen und zu zögern, mit dem echten und reinen Sozialismus an dieselben Mittelschichten heranzutreten. Eines aber ist allerdings notwendig: aber darü haben wir unsere Erfahrungen in Deutschland: mit dem rein wissenschaftlichen, rein theoretischen Sozialismus, mit der allzu trockenen Materie werden wir an diese unaufgeklärten Massen nicht herankommen. Das, was wir Hitler absehen müssen und was wir von unserem Standpunkt aus verwirklichen müssen, das ist die große Frage: wie kann man die große materielle Unzufriedenheit dieses versinkenden Mittelstandes umbilden in politischen Willen zum sozialistischen Kampfe? Wie kann man aus der Rebellion der Mittelschichten die sozialistische Revolution der Arbeiterklasse stärken? Was haben wir wirtschaftlich an die Stelle der faschistischen Wirtschaft zu setzen — das ist es, was heute die Mittelschichten und die anderen von uns wissen wollen.

Hier erwächst die Aufgabe für die Internationale, den bestimmten Willen unserer künftigen Gestaltung der Wirtschaft herauszuarbeiten.

Unsere kämpfenden Genossen wollen eine Antwort haben. Sie sind nicht nur, wie man glaubt, von Rache erfüllt, sondern wollen eine Antwort haben, wie wir uns den Weg der Ueberwindung der Krise denken. Mitten in diesem großen Entscheidungskampfe wird bei dem kämpfenden Proletariat wenig Sinn für die Demokratie als nächstes Ziel zu finden sein, sondern Verständnis ist nur zu finden zwar nicht für eine Diktatur auf Dauer, aber für eine Erziehungsdiktatur, die den Weg zur Demokratie erst allmählich auch in Deutschland wieder bahnen soll.

Für die deutsche Sozialdemokratie hat eine neue Epoche begonnen, die ihren Ausdruck darin findet, daß heute in Deutschland unter schwerstem Terror eine prächtige Jugend unerschrocken kämpft.

Wilhelm Schäfer:

„Je breiter einer wirken will, um so geringer muß er seine Ansprüche einsetzen: diese alte Erfahrung bedeutet, daß die Menge als solche das Niederziehende ist.“ (Darum hat Schäfer, der einst ein anderer zu sein schien, sich gleichschalten, sich von der „Menge als solcher“ niederziehen lassen. Die Red.)

Das sind sie, die braunen Dichter, in all ihrem Schwulst! Sprachverdreher, wortreiche Nichtssager, gehorsame Wichtigtyer auf Stelzen!

Wir rechten nicht mit der Weltanschauung dieser feilen Skribenten. Denn wir finden keine darin, wir finden nur Sprachverleumdung, und setzen an den Schluß, was der gleichgeschaltete Hermann Stehr zu dem braunen Dichteralbum schwulstet:

„Mit dem Buch ist der Menschheit so etwas wie ein geistiges Grammophon geschenkt worden.“

Jawohl, ein Grammophon! Die Nazibonzerie leiert an der Kurbel, und aus dem Trichter röhrt es, daß die Hunde heulen.

Strampelschatz als Wahrer neudeutscher Kunstinteressent

In der Musikabteilung des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ waltet als hoher brauner Würdenträger der Musikkritiker Dr. Fritz Stege seines Amtes. Die Stirn in sittliche Falten gelegt, schleudert er seinen

Donnerkeil gegen die „jüdische Jazzseuche“, gegen die gelbe Schlagerproduktion, die dem armen Deutschland am Mark frißt. Und in der Tat — er ist lust der Mann, dem es wohl ansteht, auf die fazzenden Mitmusikanten herabzusehen. Hat er doch selbst in seinem Leben nur volksliedhafte, unschuldreine, tief gemütvollte Kompositionen geschaffen. So lautete zum Beispiel der Refrain seines Opus 9:

„Ach du mein kleiner Hampelmann! Sei doch hübsch brav und hör mich an und zappel, trampel, trampel, trampel mit Gefühl, ganz wie ich will! O du mein süßer Strampelschatz, gib mir mal schnell 'nen duftigen Schmatz! Ich hab dich lieb, du Hampelmatz, mein Herzenslieb, du Schmelbelkatz, du süßer Fratz! Mein Strampelschatz!“

Ist das nun eigentlich höhere Kunst oder ist es nicht vielmehr ein typisches „undeutsches Kurfürstendammprodukt“, das sich in nichts von anderen Schlagermätzchen unterscheidet? Heute macht Strampelschatz in höherer arischer Kunstmoral, heute schimpft Hampelmatz weidlich auf den Kulturbolschewismus der Schlagerfabrikanten und betet mit Augenaufschlag: „Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jene!“

Man sieht — wenn „undeutsche Schlager nicht gefragt sind, reisen die Herren von der Art des Dr. Fritz Stege in Kunsterneuerung — Geschäfte machen sie auf alle Fälle. Von hundert braunen Kulturbonzen haben 99 solche Strampelschatze in ihrer Vergangenheit, an die sie nicht gern erinnert werden.

trotz Tod und Martern und Gefahr. Diese todesmutige Jugend, die aus unserer Bewegung hervorgegangen ist, ist die einzige Hoffnung auf die künftige Einheit der Arbeiterklasse. Ich glaube nicht an das Entgegenkommen der kommunistischen Instanzen, aber ich glaube an diese kämpfende Jugend, die weniger parteigebunden ist als wir es waren und die nun aus der Bewegung und aus dem Kampfe heraus jene neue Einheit formt und gestaltet, die genügend stark sein wird, um die der Einigung widerstrebenden Kräfte zu überwinden.

Vierter Tag.

Cordero (Spanien).

Ich gehöre nicht zu denen, die sagen, die Internationale müsse ganz neue Wege beschreiten. Es ist auch nicht möglich, daß die Internationale eine einzige für alle gültige Taktik, die sich in Formeln pressen läßt, aufstelle. Gerade weil sie das versucht hat, ist die Kommunistische Internationale heute in eine Krise der Unaktivität geraten. Die Internationale kann nur die allgemeinen Regeln niederlegen, die in jedem Lande nach dessen besonderen Verhältnissen, nach dessen geographischen und geschichtlichen, politischen und wirtschaftlichen Besonderheiten angewendet werden müssen.

Andersen (Dänemark).

Er spricht zuerst in seiner Eigenschaft als Berichterstatter der Kommission für politische Flüchtlinge: Die Kommission hat am Montag abend eine Sitzung abgehalten und die Lage in Deutschland diskutiert. Die erste Frage, die Lage in Deutschland und die Verfolgungen in Deutschland selbst, hat eine Reihe von Einzelheiten an den Tag gebracht, aus denen hervorgeht, daß zur Zeit in Deutschland etwa 50 bis 60 Konzentrationslager bestehen. Man hat berechnet, daß sich in diesen Konzentrationslagern zur Zeit etwa 50.000 Menschen befinden. Man hat berechnet, daß die Familienangehörigen der Gefangenen der Konzentrationslager wohl etwa 150.000 Menschen sein werden. Man hat weiter berechnet, daß durch die erwähnte Gleichschaltung der Organisationen etwa 300.000 Personen aus ihrer Arbeit und ihrem Verdienst gebracht worden sind. Man hat ferner berechnet, daß hier in diesem letzten Falle es wohl etwa 900.000 Familienangehörige sein werden. Die Berechnungen der deutschen Genossen gehen darauf hinaus, daß es vielleicht 1½ Millionen sein werden, die in dieser Weise betroffen worden sind. Was die

Zahl der politischen Flüchtlinge

betrifft, hat man berechnet, daß es etwa 200.000 sind, die sich im Ausland befinden, und von denen etwa 50.000 als politische Flüchtlinge bezeichnet werden können. Die Zahl der sozialdemokratisch organisierten Flüchtlinge beträgt etwa 3000. Dazu kommen dann noch Gewerkschafter, Reichsbannerleute und andere politische Flüchtlinge. Aber die Zahl vermehrt sich noch immer und es ist klar, daß die Lage dieser Genossen eine sehr schwere ist. Diese politischen Flüchtlinge sind ja in den meisten Fällen ohne Geld und fast ohne Kleider über die Grenze gegangen, nur mit den Kleidern, die sie gerade am Leibe hatten. Die politischen Flüchtlinge befinden sich in den verschiedensten Nachbarländern Deutschlands, aber sie sind doch sehr ungleich verteilt. Es ist wahrscheinlich nicht notwendig, in dieser Konferenz erst zu berichten, welche Zahl sich in den verschiedenen Ländern befindet. Aber die Lage ist in allen Ländern für diese Menschen dieselbe, nämlich daß die

Arbeitsbeschaffung für diese Flüchtlinge fast unmöglich

ist und wahrscheinlich auch sehr schwer bleiben wird, solange die eigenen Arbeiter dieses Landes von einer so furchtbaren Arbeitslosigkeit betroffen sind, wie zur Zeit. Uebrig bleibt also, um diesen Menschen zu helfen, augenblicklich nur die Unterstützung. Die Kommission hat darum beschlossen, die Konferenz aufzufordern, ein Manifest oder eine Deklaration herauszugeben, um eine internationale Sammlung zur Unterstützung unserer unglücklichen Genossen zu organisieren.

Zur allgemeinen Debatte möchte ich einige Worte sagen. Nichts wäre gefährlicher, als daß die Arbeiter aus dieser Diskussion den Eindruck bekämen, daß jetzt durch diese Ereignisse und unsere Diskussion hier ganz neue Wege und ganz neue Kampfmethoden erfunden werden könnten, die sozusagen auf wunderbare Weise zum Ziele führen würden, ohne die aufbauende Arbeit an allen Fronten, die wir früher geleistet haben, an der Front der Partei und der Gewerkschaften, an der wirtschaftlichen und kulturellen Front. Darum warne ich auch vor Redensarten, die man dann und wann hören kann und die auch während dieser Diskussion gehört wurden. Zum Beispiel, daß die Ereignisse in Deutschland das Ende des Reformismus bedeuten. Ist das nicht auch eines der Schlagworte, die eine gefährliche Illusion und eine gefährliche Verallgemeinerung darstellen? Die Konferenz braucht hier nicht Vorträge über dänische Politik zu hören; aber Sie wissen alle, daß dort seit 4½ Jahren eine Koalitionsregierung besteht. Wir haben in unserer Politik Konzessionen machen müssen, wir geben das zu. Aber auch die Arbeiter und die Kleinbauern und der Mittelstand haben verstanden,

welchen ungeheuren Vorteil eine Koalitionsregierung unter sozialdemokratischer Führung in diesen Jahren der Reaktion und kapitalistischen Krise bedeutet.

Grumbach (Frankreich)

Moskau will die Einheit nicht und selbst die deutsche Katastrophe hat die Einheit des deutschen Proletariats nicht zustande gebracht. Aber worüber ich sprechen will, ist die drohende und brennende Frage des Friedens, der Abrüstung. Niemand im Saale verhehlt sich die gegenwärtige Aufrüstung Deutschlands. Durch diese Aufrüstung wird eine Situation geschaffen, die uns vor neue Probleme stellt, an denen wir nicht mit geschlossenen Augen vorübergehen dürfen. Die Frage ist, ob wir einfach die Formeln aufrechterhalten dürfen, die wir hatten, ehe diese Tatsachen eingetroffen sind. Wenn es sich um einen Krieg handelt, der eine Folge der vom Dritten Reich entfesselten Situation ist, welche ist dann die Situation in den anderen Ländern? Das Ziel ist, wie Aufhäuser gestern sagte, die Zusammenarbeit zwischen

Otto Bauer über das Manifest

In der Nachtsitzung von Freitag auf Samstag, die den Abschluß der Internationalen Konferenz bildete, wurde der Bericht der Kommission, die das Manifest auszuarbeiten hatte, von Otto Bauer erstattet.

Bauer wies eingangs seiner Rede auf die schwere Wirtschaftskrise und ihre Folgen, sowie auf die Niederlage der deutschen Sozialdemokratie, der größten Sektion der Internationale hin. Er führt aus, daß die Wirkungen dieser Niederlage andere sind auf die dänische und schwedische Sozialdemokratie, andere auf die englische und andere auf die deutsche Arbeiterschaft.

Wir müssen vor allem fragen, sagte Bauer, was die Arbeitermassen in dieser Stunde brauchen. Wir müssen an diese Maßnahmen denken und nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich zunächst von der Arbeiterschaft meines Landes spreche. Bauer schildert nun die Situation der zur Hoffnungslosigkeit verurteilten Arbeitslosen in Oesterreich und der Beschäftigten, die gut organisiert sind, aber trotz ihrer gewerkschaftlichen Organisationen heute unter dem Druck der Krise sich dem Lohndruck kaum widersetzen können. Diese stehen nun unmittelbar unter dem Eindruck der deutschen Niederlage. Die österreichischen Arbeiter müssen einen Kampf auf zwei Fronten führen, wundert Sie sich deshalb nicht, wenn die österreichische Arbeiterschaft in eine Stimmung der Entmutigung gerät. Deswegen müssen wir sagen, was der Arbeiterschaft wieder ein Stück sozialistischen Optimismus geben kann.

Bauer bespricht die Spaltung im Sozialismus und erklärt: Es ist meine tiefste Ueberzeugung, daß die Spaltung der Arbeiterklasse heute weniger denn je gerechtfertigt werden kann. Das fühlen heute Millionen von Arbeiter, auch die kommunistischen sehen jetzt, daß es dafür steht, die Demokratie zu verteidigen und umgekehrt wird eine noch so entschiedene Feststellung, daß wir einen Sieg der Demokratie wünschen, heute dort, wo der Faschismus ist, nicht zur Wiedereroberung der bürgerlichen Demokratie führen. Bauer wendet sich dann den Aktionen zu, die die Internationale vorschlägt.

Sozialisten aller Länder!

Der Pariser Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat nach fünftägigen Beratungen folgende Resolution nach dem Vorschlag der Kommission beschlossen:

Die Weltkrise des Kapitalismus, eine Krise von unerhörter Ausdehnung und Schwere, zeigt, daß der Kapitalismus die produktiven Kräfte, die er selbst entwickelt hat, nicht mehr zu nutzen, die Reichtümer, die die Arbeiter unter seinem Kommando schaffen, nicht mehr zu verwerten vermag. Zum Hindernis des nackten Lebens der Volksmassen geworden, stellt der Kapitalismus selbst seine Ueberwindung, den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, auf die Tagesordnung der Weltgeschichte.

Verfall des Kapitalismus

Schon jetzt hat die Weltkrise die Struktur der kapitalistischen Wirtschaft wesentlich verändert. Die liberal-individualistische Entwicklungsphase des Kapitalismus ist zu Ende. Unter dem Drucke der Krise entwickelt sich in beschleunigtem Tempo ein kontrollierter, organisierter monopolistischer Kapitalismus. Andererseits ist ebenfalls durch die Wirtschaftskrise die Demokratie in den Ländern, in denen sie nicht schon vor dem Krieg starke Wurzeln geschlagen hatte, schwer erschüttert worden. In Deutschland haben Großkapital und Großgrundbesitz die Verzweiflung der verelendeten

einem sozialistischen Deutschland und den demokratisch sozialistischen Ländern des Westens.

Fünfter Tag.

Spaak, (Belgien).

Es muß hier ausgesprochen werden, daß es in jeder Partei der ganzen Internationale so etwas wie ein Problem der Generationen gibt. Die Treue, mit der Genossen wie Adler, Vandervelde, Renaudel, wie viele andere zur Demokratie stehen, ehrt sie und erklärt sich als eine Art Erkenntlichkeit gegenüber dem politischen Regime, das ihnen ermöglicht hat, die großen Erfolge ihres Lebens zu erringen. Aber wir, wir Jüngeren, sind in einem anderen politischen Augenblick zur Bewegung gekommen, wir kamen zu ihr nach dem Kriege, wir haben nicht mehr eine blühende Demokratie gesehen, sondern eine Demokratie, die in Trümmer geschlagen ist, und was wir heute verlangen, ist darum nicht dieselbe Darlegung der traditionellen Politik der Demokratie, die in vielen Ländern Bankrott gemacht hat, sondern die Darlegung einer neuen Taktik, die den neuen Erkenntnissen Rechnung tragen soll.

Die Woche des 9. November soll zu einer Woche der Manifestation der internationalen Arbeiterklasse gegen den Faschismus gemacht werden.

Diese Manifestationen müssen verbunden werden mit der Pflicht der Solidarität für die Opfer des deutschen Faschismus. Wir wollen die Massen zum Kampfe führen, indem wir sie auffordern, jede Aktion des moralischen und materiellen Boykotts der deutschen Gewaltregierung zu unterstützen, die der Internationale Gewerkschaftsbund beschlossen hat.

Es stehen große internationale Probleme zur Diskussion, von welchen wir fordern müssen, daß sie in aller kürzester Zeit auf die Tagesordnung des Völkerbundes gestellt werden: 1. die Rüstungen in Deutschland, 2. die Angriffe Deutschlands auf Oesterreich und schließlich 3. der Angriff auf das durch internationale Verträge garantierte Recht von Danzig.

Die Vertreter der Internationale haben zusammen mit den Vertretern des IGB, den Entwurf der Resolution zur Abrüstungsfrage ausgearbeitet, die neben der allgemeinen Resolution angenommen werden soll. Diese Resolution übernimmt den Beschluß des internationalen Gewerkschaftskongresses in Brüssel, der den Generalstreik als den entscheidenden Begriff im Kampfe gegen die Kriegsgefahr erklärt.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, wird die Arbeiterschaft ihre Freiheit und Unabhängigkeit und Willensfähigkeit wahren. Während des Krieges darf das internationale Band nicht zerrissen werden. Bauer warnt auch davor, daß sich die Arbeiterschaft zu einer Kriegspolitik verleiten lasse, unter dem Vorwand, daß der Krieg zur Befreiung eines Volkes vom Faschismus geführt wird. Schließlich bespricht Bauer das Problem der Miliz und erklärt, auch jetzt müssen wir das Recht eines jeden, auch des deutschen Volkes auf Gleichberechtigung, aber für ein deutsches Volksheer proklamieren. Kein Gewehr mehr, kein Maschinengewehr für den Gewaltapparat, der das deutsche Volk niederhält.

Massen des Kleinbürgertums und der Bauernschaft benutzt, um die Arbeiterklasse niederzuwerfen und das ganze deutsche Volk einem terroristischem Despotismus zu unterwerfen.

Die neuen Formen einer staatlich kontrollierten und organisierten Wirtschaft können zu Uebergangsformen vom Kapitalismus zum Sozialismus werden, wenn der Staat von den Arbeitern und Bauern beherrscht wird und die Macht des Staates über die Wirtschaft ihr Gegengewicht findet in freien Organisationen der arbeitenden Klasse. Aber dieselben Formen der staatlich kontrollierten Wirtschaft führen zur furchtbarsten Staatsklaverei, wenn der Staat, der die Wirtschaft beherrscht, ein vom Volke nicht kontrollierter Despotismus ist, der alle individuelle Freiheit und alle Freiheit der Organisation vernichtet. Die Wirtschaftskrise hat ferner die Gegensätze zwischen den Staaten und die reaktionäre Tendenz der wirtschaftlichen Absperrung der einzelnen Staaten gegeneinander und damit die Zersetzung der Weltwirtschaft wesentlich verstärkt.

Das durch die Weltkrise des Kapitalismus auf das Höchste gesteigerte Massenelend und die durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufenen Erschütterungen dürften die Arbeiterklasse nicht entmutigen. Sie muß erkennen, daß sie die Folgen der Entwicklung des Kapitalismus sind, die die Menschheit notwendigerweise zum Sieg des Sozialismus führen wird, wenn nicht die menschliche

Kultur untergehen soll. Von dieser Ueberzeugung erfüllt,

muß die Arbeiterklasse ihren Kampf gegen den zerfallenden Kapitalismus, gegen den Faschismus und gegen den Krieg verschärfen.

Erkämpft die sozialistische Demokratie!

In den Ländern, in denen der Faschismus gesiegt hat, kann die faschistische Diktatur nur durch die revolutionäre Erhebung der Volksmassen gestürzt werden. Die revolutionäre Macht, aus der Revolution gegen den Faschismus hervorgegangen, wird nicht nur den Faschismus entwirren, sondern auch in kräftigen Schlägen seine wichtigsten wirtschaftlichen Grundlagen, das Privateigentum des Großkapitals und des Großgrundbesitzes vernichten, die Basis der neuen Gesellschaftsordnung erobern und auf dieser Grundlage eine sozialistische Demokratie aufbauen.

In den Ländern, in denen die Demokratie fortbesteht, muß die Arbeiterklasse die Freiheitsrechte des Einzelnen und des Volkes, die Herrschaft des allgemeinen Wahrechts, und die Freiheit der Gewerkschaften mit Einsatz ihrer ganzen Kraft verteidigen. Aber sie muß sich dabei bewußt sein, daß die Demokratie die Massen nur dann festzuhalten und vor der verlogenen Demagogie des Faschismus zu be-

Neuer Vorwärts

Ich bestelle den „Neuen Vorwärts“ und erwarte regelmäßige Lieferung von nächster Nummer an.

Name und Vorname

Wohnort und Postamt

Straße und Hausnummer

Diesen Bestellschein bitte ausfüllen, ausschneiden und an: Verwaltung „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, CSR., Haus „Graphia“, senden.

wahren vermag, wenn sie den Volksmassen durch kräftiges Handeln ihre Fähigkeit beweist, sie gegen den Kapitalismus zu schützen, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, die sozialistische Umwälzung der Gesellschaft einzuleiten. Die Demokratie kann wirksam nur verteidigt werden im Kampfe um die Erweiterung der politischen zur sozialen Demokratie.

In den Ländern, in denen der Faschismus die Demokratie unmittelbar bedroht, muß die Arbeiterklasse zum Kampf mit allen Mitteln entschlossen sein, sie darf kein Opfer scheuen, um Angriffe des Faschismus abzuwehren.

Auch die kommunistischen Arbeiter können angesichts der blutigen Mißhandlung und völligen Entrechtung der deutschen Arbeiterklasse durch die faschistische Diktatur nicht verkennen, daß es für die Arbeiterklasse eines jeden Landes lebensnotwendig ist, die demokratischen Einrichtungen als Bürgerschaft ihrer Bewegungs- und Kampfesfreiheit zu verteidigen.

Andererseits haben die deutschen Ereignisse die sozialdemokratischen Arbeiter in ihrer Ueberzeugung bestärkt, daß dort, wo die Bourgeoisie den Boden der Demokratie verlassen, sich dem Faschismus in die Arme geworfen und der Arbeiterklasse die demokratischen Kampfmittel entrissen hat, kein anderer Weg zur Befreiung führt als der des revolutionären Kampfes. Angesichts der Erfahrungen in der Geschichte ist die Fortdauer der Spaltung der Arbeiterklasse nicht zu rechtfertigen. Die S. A. I. lehnt daher alle Einheitsfrontmanöver ab, die nicht der internationalen Einigung, sondern nur dem Kampfe innerhalb der Arbeiterklasse dienen, sie erneuert jedoch die Erklä-

DIE MONATSSCHRIFT:

SOZIALISTISCHE REVOLUTION!

ERSCHEINT AB OKTOBER!

ung ihres festen Willens, alles, was in ihrer Macht ist, zu tun, um die zersplitterten Kräfte der Arbeitermassen zusammenzuführen.

Die S.A.I. erhebt vor der ganzen zivilisierten Welt ihren leidenschaftlichen Protest gegen die Hitlerbarbarei.

Sie sendet den mißhandelten Opfern des deutschen Faschismus, den Brüdern in den Gefängnissen und in den Konzentrationslagern, den

Ihrer Ernährer beraubten Frauen und Kindern in Deutschland, sie sendet vor allem jenen heldenmütigen deutschen Genossen ihren brüderlichen Gruß, die, von Mißhandlungen und Folterungen bedroht, die sozialistische Idee in Deutschland lebendig erhalten. In brüderlicher Solidarität mit dem deutschen Volke ruft die S. A. I. die Arbeiter und die Völker der ganzen Welt zum Kampf auf gegen den Faschismus, den Todfeind der Arbeiterklasse, der Freiheit und des Friedens.

Die Beschlüsse

Die Konferenz beschließt:

1. Alle sozialistischen Parteien haben in der Woche des 9. November, des Gedenktages der deutschen Revolution, Manifestationen gegen den Faschismus zu organisieren.
2. Alle sozialistischen Parteien werden ihre Solidarität mit den Opfern des Faschismus, mit den Frauen und Kindern der eingekerkerten Genossen, mit den aus ihrer Heimat Vertriebenen bekunden, indem sie die Sammlungen für die Opfer des deutschen Faschismus, die durch den Matteotifonds organisiert werden, mit aller Kraft fördern.
3. Die S.A.I. unterstützt alle Bemühungen der moralischen Aechtung und des materiellen Boykotts der deutschen Machthaber.
4. Die S.A.I. fordert, daß alle freien Völker gegen die Bedrohungen des Friedens durch den deutschen und italienischen Faschismus zusammenwirken.

Die S.A.I. fordert, daß die demokratischen Regierungen alle den europäischen Frieden gefährdenden Fragen auf die Tagesordnung des Völkerbundes setzen, die der Sieg Hitlers in Deutschland aufwirft, insbesondere die Aufrüstung Deutschlands, das Vorgehen gegen Oesterreich und das Volk von Danzig, dessen verfassungsmäßige Freiheitsrechte international garantiert sind.

Die Konferenz nimmt die gemeinsame Resolution des I.G.B. und der S.A.I. hinsichtlich des Kampfes gegen den Krieg an. Sie anerkennt für Deutschland wie für alle Länder den Anspruch auf Gleichheit der Rechte und Pflichten, aber sie widersetzt sich jeder Wiederaufrüstung des kriegerischen Apparates, der das deutsche Volk niederhält.

5. Die S.A.I. ruft zum Kampf gegen die durch den Sieg des Faschismus vervielfachte Kriegsgefahr. Die Arbeiter der demokratischen Länder dürfen sich zum Kriege auch nicht unter dem Vorwande verlocken lassen, daß der Krieg im Interesse der Befreiung der Völker vom Faschismus geführt werde; die

Völker haben es erfahren, daß ein Krieg, als Freiheitskrieg gegen despotischen Gewalt gerührt, mit imperialistischen Friedensdiktaten endete, die in den besiegten Nationen den Nationalismus gestärkt und dadurch die Wiederaufrichtung noch schlimmerer despotischer Gewalten herbeigeführt haben.

Wenn trotz des unter der Führung des I.G.B. und der S.A.I. erfolgenden Widerstandes der Arbeiterklasse der Krieg dennoch ausbrechen sollte, haben die Arbeiter der in den Krieg verwickelten Länder, selbst der angegriffenen Länder dennoch die doppelte Pflicht: einerseits die völlige Unabhängigkeit und Aktionsfreiheit ihrer Organisationen zu wahren; andererseits ihre Beziehungen zu den Internationalen aufrecht zu erhalten, um für die raschest mögliche Einstellung der Feindseligkeiten zu wirken.

Weg mit dem Kapitalismus!

Die Konferenz ist überzeugt, daß die Bedrohung der Zivilisation der Menschheit durch den Aufstieg des nationalsozialistischen Faschismus Vereinheitlichung der internationalen Aktion, innigere Solidarität, engeren Zusammenschluß der Aktion der Arbeiter aller Länder erfordert. Indem sie alle Zugeständnisse an den Nationalismus, jedes Paktieren mit ihm zurückweist, fordert sie im Namen der 30 Millionen Arbeitslosen in der Welt, im Namen der verelendeten Massen der Arbeiter und Angestellten, im Namen der ungezählten pauperisierten Kleinbürger und Bauern, im Namen der um ihr Recht auf Arbeit betrogenen Jugend, im Namen der aus ihren Wunden blutenden, ihrer Freiheit beraubten, an ihrer Menschenwürde geschändeten Opfer des Faschismus die Völker der Welt zum Kampfe auf gegen die Barbarei des Faschismus und des Krieges und gegen ihre letzte Wurzel, die Barbarei der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Rassenquatsch

Irrsinn für Kindergehirne.

Auf dem deutschen Turnertag hat Hitler eine Philippika gegen die liberalistische Periode geschmettert, die durch ihr „Halbwissen“ die Menschen verdorben habe. Liest man Adolf Hitlers „Mein Kampf“, so findet man als Grundlage dieses Politikers das traurigste Viertels- und Achtelwissen. Ganz besonders gilt dieses von der Rassenlehre, die ja die Grundlage des gesamten nationalsozialistischen Denkens bildet. Nicht ein einziges Resultat dieser Lehre ist wissenschaftlich so erforscht oder bewiesen, daß es auch nur mit einiger Sicherheit als feststehend betrachtet werden kann. Das hindert den politischen Nationalsozialismus aber nicht, die gewagtesten und extremsten Behauptungen von ein paar einseitigen Dilettanten auf dem Gebiet der Rassenforschung als bewiesene Grundwahrheiten zu behandeln und daraufhin sich z. B. das Recht anzumaßen, einen Teil der Menschen zwangsweise unfruchtbar zu machen.

Doch das Dritte Reich geht noch weiter: die Gehirne urteilsloser Schulkinder sollen künftig mit komplettem Irrsinn vollgepfropft werden. Der etwas komische „Heldenvater“ Rust, der in Preußen für den Unterricht als Minister verantwortlich zeichnet, erläßt im Zentralblatt seiner Verwaltung Richtlinien

für den Geschichtsunterricht, um die Jugend von jeder Einsicht in das wirkliche geschichtliche Werden wegzuleiten. Der Verlauf der Jahrtausende wird danach mit Gewalt unter das vorgefaßte Schema der Rassenlehre gepreßt und auf diese den geschichtlichen Ereignissen eine Deutung gegeben, die mit den Ergebnissen aller ernsthaften historischen Forschung in schreiendem Widerspruch steht. So schreibt der Erlaß vor:

Die Lehrbücher haben mit einer Darstellung der Urgeschichte Mitteleuropas (Eiszeit) zu beginnen und zu zeigen, wie bestimmte Rassen (Neanderthal, Aurignac, Cromagnon) Träger artemischer Kulturen gewesen sind ...

Den Weg nach Vorderasien und Nordafrika nehmen wir mit den frühesten nordischen Einwanderungen, die bereits im fünften vorchristlichen Jahrtausend stattgefunden haben müssen (!). Eine entscheidende Beeinflussung der Geschichte Vorderasiens ist erst das Werk der ursprünglich nordrussischen Linder, Meder, Perser sowie der Hettiter. Der Schüler muß die Schicksale dieser Völker als die seiner eigenen Blutsverwandten erleben, die schließlich unter der Uebermacht fremdrassigen Blutes zugrunde gehen, nachdem sie in Indien und Persien Hochkulturen geschaffen haben.

Karlchen Krause wird mit Verwunderung hören, was so alles seine „eigenen Blutsverwandten“ sind, aber er bekommt

davon nach dem Rust'schen Lehrplane noch mehr geliefert:

Die Geschichte der Griechen hat abermals vom mitteleuropäischen Raume auszugehen. Die nordischen Griechen bildeten als Eroberer die Herrschaft des Landes. Der Kampf der Stämme beruhte hier im Süden auf einem Gegensatz der Rassen. Daher war mit der Aufhebung der ständischen Unterschiede durch die Demokratie und mit der nunmehr einsetzenden hemmungslosen Vermischung der Rassen, beschleunigt durch die zunehmende Kinderarmut, das Schicksal der nordischen Rasse in Griechenland besiegelt.

So geht der Schwulst fort bis in die Gegenwart. Eine Auseinandersetzung vom wissenschaftlichen Standpunkt aus lohnt so wenig wie eine Diskussion mit den Phantasien eines Fieberkranken. Man kann mit genau der gleichen wissenschaftlichen „Beweiskraft“ etwa behaupten, daß die von den Spaniern in Amerika ausgerotteten Azteken die Nachkommen der 10 Stämme Israels gewesen seien, daß Napoleon seiner Ahnenreihe nach ein Chinese war, oder daß vor 50.000 Jahren bereits Germanenherzöge in dem damals dichtbesiedelten Gebiet um den Südpol regiert hätten.

Man weiß nur nicht, was furchtbarer ist: daß derlei Afterwissenschaft den Hirnen ahnungsloser Kinder eingepaukt wird, oder daß eine Lehrerschaft, die immerhin imstande sein müßte, sich von der Unverantwortlichkeit ihres Tuns Rechenschaft abzulegen, gleichwohl dazu sich hergibt ...

Die Krawalle in Breslau

Zu den Zusammenstößen zwischen Breslauer SA und SS im Café Heyer und anderen Breslauer Vorgängen erhalten wir von einem Augenzeugen nachstehende Berichte.

Mitte Juli berief der Breslauer Polizeipräsident Heines eine Versammlung der Breslauer Stabwache, der sogenannten Heinesgarde ein und erklärte ihnen, daß auf der Führertagung in München die Nebeninformationen aufgelöst wurden. Dazu gehört auch die Breslauer Stabwache. Er überführe sie jetzt in die SA und hoffe, daß sie dort genau so ihre Pflicht erfüllen wie in der Stabwache. Einige SA-Leute riefen ihm zu, wo denn die versprochenen Posten blieben! Heines erklärte, sie könnten nicht in öffentlichen Stellen und bei Behörden untergebracht werden, weil sie schon zu erheblich verbestraft wären. Darauf brüllte ihm einer dieser braunen Gardisten zu: er sei ja genau

so ein Zuchthäusler wie sie und warum gerade er eine solche hohe Staatsstellung einnehme?! Dem Fememörder wurde die Sache nun unbehaglich, er ließ seine SS-Horden gegen die Rebellen los. Sie sollten verhaftet werden. Die Stabwache setzte sich jedoch zur Wehr und schlug die SS-Leute in die Flucht. Heines ließ nun das große Ueberfallskommando der Schutzpolizei kommen, die mit blankgezogenen Seitengewehren auf die Stabwache losdrohte, wobei es 5 Tote und 54 meist Schwerverletzte gab. Die entwaffneten Leute wurden dann nach Breslau-Kletschkau überführt.

„Kopf hoch, Lüdemann!“

Oberpräsident Lüdemann wurde nach seiner Verhaftung im Juli in das Breslauer Polizeipräsidium gebracht. Am nächsten Tage erfolgte die öffentliche Führung durch die Straßen Breslaus — mit SA-Bedeckung, begleitet von einem johlenden Hakenkreuz-Mob. Als er abends halb 8 Uhr dann zu Fuß vom braunen Haus in das Dürrgoyer Lager gebracht wurde, ging der Marsch auch durch das Arbeiterviertel und wurde zu einer Demonstration für den Gefangenen. Die organisierte Arbeiterschaft rief ihm von der Straße und aus den Fenstern immer wieder zu: „Kopf hoch, Lüdemann, es wird schon wieder anders werden!“ Lüdemann antwortete durch Zuwinken und bekundete damit seinen Mut und seine Zuversicht. Im Lager Dürrgoy wurde er am Freitag dem 28. Juli durch den Staatssekretär Lammers aus Berlin besucht. Lüdemann erzählte Lammers die ganzen Vorgänge seiner Ueberführung, sowie die Behandlung im Lager Dürrgoy und machte aus seiner Meinung kein Hehl. Staatssekretär Lammers schrieb sich dies alles auf. Lüdemann kam am nächsten Tage in die sogenannte Vorzugsbaracke und wurde etwas besser behandelt.

Das Breslauer Lager hatte eine Belegschaft von über 300 Kommunisten und 100 Sozialdemokraten und Reichsbannerleuten. Die Kommunisten behandelten unsere führenden Genossen auf die gemeinste Art und Weise. Dadurch hatten unsere Genossen sehr viel zu leiden. Hinter Lüdemann jedoch standen sehr bald die meisten Kommunisten des Lagers, weil er aufrecht und mutig dem Staatssekretär Lammers die ganzen Zustände aufgedeckt hatte. Kein Kommunist hatte es bis jetzt fertiggebracht, bei Besuch von Kommissionen irgendwelche Beschwerden vorzubringen. Der Lagerkommandant Heinze wurde nach dem Besuch des Staatssekretär Lammers im Dürrgoyer Lager abgesetzt. Einige SA-Leute des Lagers hatten an der Frau der Genossen Bürgermeister Macho einen Erpressungsversuch um Geld verübt, daraufhin wurden sie in Polizeiuersuchung genommen.

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad. Druck: „Graphia“, Karlsbad.

Wenn Sie ein Haus oder ein Geschäft irgendwo in England kaufen oder verkaufen wollen „so schnell wie möglich“ schreiben Sie an

Thomas & Francis

Häuser- und Güteragenten, 42, Grove Road, South Woodford
London, E. 18.
Groß-Brittanien

Du hast doch

Irgendwo in der Welt einen Deutschen als Freund oder besitzt im Anland Verwandte und Bekannte, die gern etwas über Deutschland erfahren möchten. Bitte teile uns deren Adressen mit, damit wir ihnen den „Neuen Vorwärts“ anbieten und einige Probeexemplare zuschicken können.

An den Verlag des „Neuen Vorwärts“,

KARLSBAD, HAUS „GRAPHIA“

Ich nenne folgende Adressen von mir bekannten Deutschen, denen der „Neue Vorwärts“ zuzuschicken ist.